

Ungleichheit  
 Revanchismus  
 Flüchtling  
 Populismus  
 Abschiebung  
 Völkisch  
 Verschörung  
 Extremismus  
 Gewalt  
 Skinhead  
 Terror  
 Intoleranz  
 Nationalsozialismus  
 Springerstiefel  
 Antisemitismus  
 Ignoranz  
 Hassprediger  
 Gewalt  
 Glatze  
 Hoyerswerda  
 Abschiebung  
 Rechte  
 Nazi  
 Hetze  
 Fundamentalismus  
 Fanatismus  
 Benachteiligung  
 Nationalismus  
 Konflikt  
 Grenze  
 Holocaust  
 Pogrom  
 Krieg  
 Drittes Reich  
 AfD

Mölln  
 Wolfsangel  
 Keltenkreuz  
 Othala  
 Hakenkreuz  
 Nipster  
 18  
 Solingen  
 Lichtenhagen  
 Hetze  
 Terror  
 Übergriff  
 444  
 Rassismus  
 Diktatur  
 Aggression  
 Kameradschaft  
 Nationalist  
 Rechtsrock  
 Schulhof-CDs  
 Arbeitsverbot  
 Chauvinismus  
 Fremdenfeindlichkeit  
 Rassentrennung  
 Fremdenhass  
 Sturm  
 Mundlos  
 Brandanschlag  
 Ewiggestrigg  
 NSU  
 Heer  
 Nazideutschland  
 Farbanschlag  
 Zschäpe  
 Ifni  
 Lampedusa  
 Festung  
 Ceuta  
 Melilla  
 Ausgrenzung  
 Arbeitsverbot  
 Perspektivlosigkeit  
 Protektionismus  
 Abgrenzung

- » Metropolen, Flucht & Rassismus
- » BER: Das schwarze Loch der Steuergelder
- » Gewerkschaftsgrün
- » Recht auf Privatsphäre in Gefahr

# Inhalt

## METROPOLLEN, FLUCHT UND RASSISMUS

Antisemitismus: Neue Höhepunkte für ein altes Problem	6
Senat bricht Vereinbarung mit Geflüchteten	8
Stadtteilzentren gegen Wohnungsnot	9
Gegen Rechts: Widerstand ist nicht zwecklos	10
Flüchtlinge zwischen Frontex und „Dublin“	11

## AKTUELLES

Fair Trade: Den schönen Worten folgten wenige Taten	12
GewerkschaftsGrün: Ein (fast) perfektes Paar	14
LehrerInnen in prekären Verhältnissen	15
Wahlnachlese: Sachsen, Thüringen und Brandenburg	16
Wahlhilfe: Grüne für Grüne im Grünen	17
BER-Studie: Abflug ins Schwarze Loch der Steuergelder	18
BER-Ausschuss: Die Zwei-Milliarden-Euro-Nacht	19
Hauptstadttourismus: Grüne Perspektiven	20
Fraktionsbilanz: Halbzeit oder Neustart?	22
Wowereit-Rücktritt: Die Probleme bleiben	23
Henkel lenkt ab: Unnötige Grundrechtseingriffe	24
Telefonüberwachungen in Berlin: Der Staat hört mit	25
Baustelle Bildung	26

## AUS LAGEN UND KVEN

Reinickendorf: Grünes Kino	28
Projekt „Flussbad Berlin“:	
Natürliches Schwimmbad in der historischen Mitte	28
Sexuelle Selbstbestimmung:	
Tausend Kreuze in die Spree	29
Rhetorikseminar für Frauen: Wir müssen reden	29
Nachruf auf Joachim Eul	29

## AUS DER FRAKTION

Deutsches Herzzentrum: Manipulationsverdacht	30
Lobbyregister für Berlin: Hat wer was zu verbergen?	30
„Neue Energie für Berlin“: Damit es endlich vorangeht	31
Olympia in Berlin? 13 Fragen – zu wenig Antworten	32
Zukunft des ICC ungewiss	32
Berliner Verwaltung droht Personalmangel:	
Öffentliches Verwirrspiel	33

## RUBRIKEN

AnsprechpartnerInnen	34
Impressum	34
Grünes Glossar	34
Termine	35



Nicht die erste und sicher auch nicht die letzte Demonstration gegen Nazis auf Berlins Straßen.  
Foto: Hessam/CC BY-NC-ND 2.0

# Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

immer mehr Menschen auf der Welt sind auf der Flucht, auf der Flucht vor Terror, Elend und Not. Die wenigsten von ihnen schaffen es bis nach Deutschland, aber auch bei uns steigen die Flüchtlingszahlen. Doch die Flüchtlingspolitik, ob in Europa oder in Deutschland, ist alles andere als geeignet, die Not zu lindern und die geflüchteten Menschen unbürokratisch und schnell unterzubringen. In Berlin hat sich das auf dem Oranienplatz und in der Gerhard-Hauptmann-Schule wie unter einem Brennglas gezeigt. Dies ist ein Thema dieser Ausgabe der Grünen Stachligen Argumente.

Während des Gaza-Krieges wurde deutlich, dass eine alte Geißel noch längst nicht überwunden ist: der Antisemitismus. Und auch wenn manche einen anderen Eindruck erwecken möchten, ist der Antisemitismus kein vorrangiges Problem von Einwanderung und Migration, sondern der gesamten Gesellschaft.

Aufgabe von Bündnis 90/Die Grünen ist es, jenseits aller Streitigkeiten über Asylkompromisse und sichere Herkunftsländer aufzustehen, die Stimme und die Hände zu erheben und deutlich Stopp zu sagen. Stopp zu Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus. Mit unserem Titelbild haben wir versucht, dies auszudrücken.

Außerdem beschäftigen wir uns in dieser Ausgabe mit dem Flughafen BER, denn dieser Skandal bleibt ein Dauerbrenner in der Berliner Politik. Viele weitere Themen warten auf Euch auf den nächsten Seiten – wir wünschen viel Spaß beim Lesen.

Matthias Tang, Detlef Fritz

Anregungen, Kritik, Vorschläge wie immer an [stachlige-argumente@gruene-berlin.de](mailto:stachlige-argumente@gruene-berlin.de).

## Metropolen, Flucht und Rassismus

Rund tausend Flüchtlinge kommen jeden Monat nach Berlin, so viel, wie seit 15 Jahren nicht mehr, aber wenig im Vergleich zu historischen Zeiten. Denn politisch Verfolgte, Kriegs- und Armutsflüchtlinge machten Berlin zu dem, was es heute ist, Hugenotten, Böhmen, Schlesier, russische Juden und andere. Dabei führten auch in der Vergangenheit diese Flüchtlingsströme zu Reibungen mit der ansässigen Bevölkerung – und antisemitische Ausschreitungen gab es schon Anfang der 1920er Jahre, noch vor der NSDAP. Die Grünen stellen sich heute an die Seite der Schutzsuchenden, wohl wissend: Flüchtlinge formten Metropolen wie New York, London und Berlin – und eine Stadt, die kein Fluchtpunkt mehr ist, ist keine Metropole mehr.

Regelmäßig stellen sich  
Grüne den Nazis entgegen.  
Foto: Björn Kietzmann



## Antisemitismus

# Neue Höhepunkte für ein altes Problem

*Parolen von Demonstrationen auch auf Berliner Straßen: „Kindermörder Israel!“, „Tod den Juden!“ Der Gaza-Krieg trieb den Antisemitismus auf neue Höhepunkte – und etliche KommentatorInnen sehen darin ein neues Problem der Migrationsgesellschaft. Nur: So neu ist das Problem mit dem Antisemitismus nicht. Es ist auch kein vorrangiges Problem unter den MigrantInnen, sondern ein Problem der gesamten Gesellschaft.*

Allerdings ist Hass auf „die Juden“ auch unter MigrantInnen verbreitet. Dagegen verlangte Özcan Mutlu, zu der Zeit für die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, schon 2000 als einer der ersten praktische Maßnahmen. „Tod den Juden“ wurde nämlich bereits damals auf den antiisraelischen Al-Quds-Demonstrationen skandiert, jedoch fast ausschließlich auf arabisch, ungehindert von der Polizei, von der deutschen Öffentlichkeit unbeachtet. Deshalb forderte Mutlu, dass bei solchen Demonstrationen arabischsprachige Beamten eingesetzt werden, Beamte, die verstehen, was dort gesagt wird – und einschreiten. Die Forderung des grünen Abgeordneten blieb jahrelang ohne entsprechende Taten der Berliner Innenverwaltung.

## Mit RassistInnen diskutiert man nicht

Aber beim Streit um den Nahost-Konflikt scheint die Trennungslinie zwischen einer zulässigen Kritik an israelischer Regierungspolitik und einem als „Israel-Kritik“ getarnten Judentum für manche mitunter ohnehin schwer auszumachen. Unbedingt überschritten ist die Grenze aber, wo zum Hass gegen Menschengruppen aufgerufen wird, wo von „den Juden“ als „Mördern“ oder „Kriegsverbrechern“ die Rede ist. Özcan Mutlu hat daraus eine Konsequenz gezogen: Wer auf seiner Facebook-Seite antisemitische Postings hinterlässt, fliegt ohne jede Debatte aus seinem Facebook-Freundeskreis, auch,

wenn das vielleicht die eine oder andere WählerInnenstimme kostet. Doch Mutlu: „Mit RassistInnen diskutiere ich nicht!“

Nicht nur Freunde gemacht hat sich der grüne Bildungspolitiker sicherlich auch, als er sich an der Aktion der Bild-Zeitung „Stimme erheben – Nie wieder Judentum“ beteiligte – wie übrigens Cem Özdemir oder Gregor Gysi auch. Dennoch: Sich an einer Aktion der Bild-Zeitung zu beteiligen ist für manche Linke und Grüne immer noch ein absolutes No-Go. Mutlu sieht das weniger eng: Wenn jemand, mit dem man sonst politisch nicht übereinstimmt, etwas Richtiges und Notwendiges macht, dann macht man da auch mit.

## Kleinarbeit gegen Vorurteile

Eine öffentliche Erklärung ersetzt aber nicht die tägliche Kleinarbeit gegen den Antisemitismus. Für den Sportpolitiker Özcan Mutlu bedeutet das etwa, ein Fußballspiel zwischen einer jüdischen und einer Mannschaft von Spielern mit türkischem und arabischem Migrationshintergrund zu initiieren. Da verbindet die Teams mehr als nur die Begeisterung für den Fußball. In der Regel mussten nämlich alle SpielerInnen bereits Erfahrungen mit rassistischen Anfeindungen machen. Und schließlich gehört zu dieser Kleinarbeit auch die kontinuierliche politische Unterstützung der Initiativen, die vor Ort dem Antisemitismus die Stirn bieten.

Eine dieser Organisationen ist die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA), bestehend aus rund 20 Aktiven, gegründet 2003. Der Gründung vorausgegangen: Die palästinensische Intifada von 2002 hatte auch Kreuzberg erreicht – in Form von antijüdischen Schmierereien an den Wänden, Attacken auf jüdische MitbürgerInnen.

Manche der an solchen Aktionen beteiligten Jugendlichen liefern für ihren Judentum auch scheinbar religiöse islamische Begründungen. Doch es ist eine kleine Minderheit, die sich so von islamistischen Hasspredigern hat beeinflussen lassen, weiß KIgA-Vorstandsmitglied

## AnsprechpartnerInnen und Adressen

*Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e.V.):*  
Oranienstraße 34 in 10999 Berlin, Tel. 030/83 03 09 130 (Mo, Di, Mi 10-14 Uhr). Die Initiative macht übrigens auch Schulprojekte in Neukölln und Tempelhof-Schöneberg, Internet: [www.kiga-berlin.org](http://www.kiga-berlin.org), E-Mail: [mail@kiga-berlin.org](mailto:mail@kiga-berlin.org)

*Amadeu-Antonio-Stiftung:*  
Liniestr. 139 in 10115 Berlin, Tel. 030/24 08 86 10. Die Stiftung fördert Initiativen und Projekte u.a. in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Opferschutz und Opferhilfe und unterstützt Hilfsangebote für Aussteigerinnen und Aussteiger aus der Naziszene. Internet: [www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de), E-Mail: [info@amadeu-antonio-stiftung.de](mailto:info@amadeu-antonio-stiftung.de)



Ein Ort des Erinnerns: Das Holocaust-Mahnmal  
Foto: Berlin Partner/Scholvien

Anne Goldenbogen. Bedeutender: Emotionale Reaktionen auf den Nahost-Konflikt, das Einfließen von eigener Diskriminierungserfahrung in politische Positionen, in denen Israel als Teil des Westens gesehen wird und schließlich krude Verschwörungstheorien, die in etlichen Köpfen herumspuken.

Um da Klarheit in die Köpfe zu bringen, entwickelten die MitarbeiterInnen der Initiative ein Brettspiel, gingen damit zunächst in die Jugendzentren des Bezirks, konzentrierten sich später auf die Arbeit in den Schulen. Rund 50 „Schultage“ veranstaltet die Initiative jedes Jahr, Tage, an denen in einer Klasse Hintergründe des Nahost-Konfliktes

erörtert, auf die Geschichte von JüdInnen und AraberInnen eingegangen wird. Für die teilnehmenden Jugendlichen noch eindrucksvoller als solche Schultage: Reisen in eine Bildungseinrichtung, wo sie dann vielleicht eine Woche lang streiten, diskutieren, lernen, Konflikte auch von der anderen Seite her zu betrachten, Vorurteile überwinden.

Die Schulen allein können solche Arbeit kaum leisten, denn, so die Erfahrung von Anne Goldenbogen: Viele LehrerInnen haben Angst davor, den emotional brisanten Konfliktstoff in ihren Unterricht zu holen. Ihn von außen in den Unterricht zu tragen, kostet aber trotz allen ehrenamtlichen Engagements natürlich Geld. Das kommt vor allem aus dem Bundesprogramm gegen den Rechtsextremismus. Der Haken daran: Diese Mittel sind projektgebunden, bedeuten keine gesicherte Grundfinanzierung, mit der man längerfristig planen könnte. Aktuell heißt das für die Initiative: Gegenwärtig gibt es keine öffentlichen Gelder, muss sich die KIgA noch mindestens bis Jahresende ganz und gar über Spenden und Preisgelder finanzieren.

Dabei geht es bei der Arbeit der KIgA um mehr als um die Wirkung des Nahost-Konfliktes auf viele Jugendliche mit Migrationshintergrund. Was von denen mitunter auch gegen „die Juden“ vorgetragen wird: Das kann doch nicht sein, dass „wir“ immer noch „für die“ bezahlen. Solche Thesen erwartet man wohl eher von deutschstämmigen AntisemitInnen. Die arabisch- und türkischstämmigen Jugendlichen, so Anne Goldenbogen, sehen sich aber auch als Teil dieser deutschen Gesellschaft, übernehmen so oft genug deren Vorurteile.

Bei aller Entschlossenheit gegen den Antisemitismus bei manchen MigrantInnen darf deshalb eines nicht vergessen werden: Der Antisemitismus kommt nach wie vor aus der Mitte der Gesellschaft. Das beweisen nicht nur die hasserfüllten Briefe an die jüdischen Organisationen und Einrichtungen. Für 90 Prozent aller antisemitischen Straftaten sind nach wie vor „eingeborene“ RechtsextremistInnen verantwortlich.

## Rechtspopulistische Feindbilder

Das hindert aber manche RechtspopulistInnen nicht daran, unter dem Vorwand, den „eingewanderten Antisemitismus“ zu bekämpfen, feindliche Stimmung gegen MuslimInnen, gegen MigrantInnen zu verbreiten. Dass es mit diesen Kräften keine Gemeinsamkeiten gibt, machte Özcan Mutlu deutlich, als er einem islamfeindlichen Kommentator der Bild-Zeitung kurz darauf ebenfalls in der „Bild“ die Antwort ebenfallig gab: „Gerne setze ich mich inhaltlich mit sicherlich vorhandenen Problemen der Integration und deren Ursprüngen sowie möglichen Lösungen auseinander. Die polemischen und zum Teil hasserfüllten Sätze (des Bild-Kommentators Nicolaus Fest) lassen allerdings leider keine inhaltliche Diskussion zu.“ Also: Mit RassistInnen diskutiert man nicht, man bekämpft sie – egal, woher sie kommen.

Auch bei der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus sieht man sich mit dieser Form des Rechtspopulismus konfrontiert, setzte deshalb einen zusätzlichen Arbeitsschwerpunkt: Den Kampf gegen die Islamfeindlichkeit.

## Senat bricht Vereinbarung mit Geflüchteten

## Yallah 23 - Für Bleiberecht



Demonstrationszug der Refugees für bessere Bedingungen  
Foto: Montecruz Foto

Die Geflüchteten vom Oranienplatz und in der Gerhard-Hauptmann-Schule haben den Finger in die Wunde gelegt: Berlin und Deutschland insgesamt müssen mehr für die Menschen tun, die vor Not, Hunger und Vertreibung zu uns fliehen. Doch der Senat hält sich noch nicht einmal an die Vereinbarungen, die mit den Geflüchteten vom Oranienplatz und aus der Schule getroffen wurden.

Im April hat der Senat den protestierenden Geflüchteten wohlwollende Prüfung ihrer Verfahren zugesagt. Viele der Geflüchteten haben ihre Verfahren in anderen Bundesländern und sind für den Protest nach Berlin gekommen. Daher müssen Asylverfahren aus den anderen Ländern nach Berlin umverteilt werden. Mehr als vier Monate nach Abschluss der Vereinbarung ist kein einziger Fall bekannt, in dem die Berliner Ausländerbehörde einer Umverteilung nach Berlin zugestimmt hat. Der Senat bricht sein Versprechen gegenüber den Flüchtlingen.

Wir erinnern uns: Innensenator Henkel wollte der starke Mann sein und den Oranienplatz räumen lassen. Daran

### Der § 23 Aufenthaltsgesetz

„§ 23 Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden; Aufnahme bei besonders gelagerten politischen Interessen

(1) Die oberste Landesbehörde kann aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland anordnen, dass Ausländern aus bestimmten Staaten oder in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. (...) Zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit bedarf die Anordnung des Einvernehmens mit dem Bundesministerium des Innern.

wurde er von Klaus Wowereit gehindert. Dann hieß es, dass es eine Einigung gebe, die vom gesamten Senat getragen werde. Und Frank Henkel lächelte in die Kameras, gemeinsam mit Dilek Kolat und Klaus Wowereit. Heute beruft sich Henkel auf ein Rechtsgutachten, um den Menschen das vom Senat zugesagte Recht zu verweigern. Laut Gutachten sei die Vereinbarung ungültig, da der zuständige Senator für Inneres diese nicht unterschrieben habe. Wurde hier bewusst getrickst?

### Protest läuft seit zwei Jahren

Der Protest der Flüchtlinge gegen das bestehende Asylrechtssystem läuft seit über zwei Jahren. Die Abschaffung der Residenzpflicht und der Unterbringung in Lagern sowie des Arbeitsverbots sind die Forderungen der Flüchtlinge. Hierfür wurden Hungerstreiks durchgeführt, Häuser und Plätze besetzt und viele Gespräche mit verantwortlichen PolitikerInnen geführt. Die Refugee vom Oranienplatz und der Gerhard-Hauptmann-Schule haben die Politik gezwungen, sich mit ihren Forderungen zu befassen.

Yallah 23 ist eine der vielen Initiativen, die ein Bleiberecht für die Flüchtlinge nach Paragraph 23 Aufenthaltsgesetz fordern. Dieser Paragraph erlaubt es dem Innensenator, anzuordnen, dass Ausländergruppen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird – aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland.

In der Bevölkerung gab es viel Sympathie und Solidarisierung mit den Geflüchteten. Eine wirkliche Lösung für ihre Situation hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben. Daher ist endlich ein Bleiberecht nach Paragraph 23 Aufenthaltsgesetz nötig. Dieser Möglichkeit müssen alle Bundesländer zustimmen. Wenn Henkel es ernst meint, dann wäre die nächste Innenministerkonferenz eine gute Gelegenheit darüber zu beraten. Die Menschen könnten mit einem gesicherten Aufenthaltsrecht endlich Verantwortung für ihr eigenes Leben übernehmen.

CANAN BAYRAM, MDA  
SPRECHERIN FÜR INTEGRATION, MIGRATION UND FLÜCHTLINGE

## Flüchtlingsunterkünfte

## Stadtteilzentren gegen Wohnungsnot

Trotz der 130 Millionen Euro, die der Senat in diesem Jahr bis zur Sommerpause für die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen ausgab: Berlin braucht weitere Unterkünfte – und nicht allein für die wachsende Zahl von Flüchtlingen.

Mit den von den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege betriebenen 30 Stadtteilzentren könnte man das Wohnproblem zumindest teilweise lösen, sagen die Bündnisgrünen. Nutznießer eines solchen Konzeptes wären nicht allein Flüchtlinge, sondern auch Angehörige anderer benachteiligter Gruppen, die kaum noch eine erschwingliche Wohnung in der Stadt finden, z. B. Obdachlose.

Bis zum Jahresende werden voraussichtlich rund 200 Millionen Euro in die Versorgung der Flüchtlinge geflossen sein. Dieses Geld wird unter anderem in die Umbaumaßnahmen privater Hotels investiert, es wird in die Errichtung von Containerunterkünften gesteckt. Nur zu einem dient es gerade nicht: Zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur der Stadt. Doch trotz aller notwendigen Sofortmaßnahmen dürfte die auch nie aus dem Auge verloren werden: Denn selbst bei sinkenden Flüchtlingszahlen bliebe Berlin noch auf Jahre hinaus auf zusätzlichen Wohnraum für benachteiligte Gruppen angewiesen.

### Integration mit inbegriffen

Der Vorschlag, den die grüne Landesvorsitzende Bettina Jarasch und die Abgeordnete Canan Bayram und Heiko Thomas deshalb unterbreiteten: Die Träger der Freien Wohlfahrtspflege bauen zu ihren schon vorhandenen Stadtteilzentren zusätzliche Stadtteil-



Wie an der Neuköllner Späthstraße wurden in kurzer Zeit mehrere Unterkünfte für Flüchtlinge neu gebaut.  
Foto: Kalle Erlacher

unterkünfte. Dabei geht es bei der Übertragung dieser Aufgabe an Arbeiterwohlfahrt, Caritas und andere um mehr als die reine Unterbringung. In dem schriftlichen Vorschlag heißt es: „Die sozialen Träger halten wir für die idealen Partner bei der Suche nach würdigen und sozial eingebundenen Unterkünften, denn sie haben durch ihre Stadtteilzentren die Möglichkeit, die Bewohnerinnen und Bewohner zu integrieren.“ Von Anfang an sollten die neuen Stadtteilunterkünfte auch auf eine Mischnutzung durch die verschiedenen bedürftigen Personengruppen angelegt sein – sozialpädagogische Betreuung sowie Bindung an die Ehrenamtstrukturen der Stadtteilzentren inbegriffen.

### Bedarf auf Jahre garantiert

Natürlich gibt es auch das grüne Konzept nicht zum Nulltarif. Zur Finanzierung schlagen Bettina Jarasch, Canan Bayram und Heiko Thomas vor: Die Baukosten werden von den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege selbst übernommen, unter Nutzung aller Fördermöglichkeiten und zinsgünstiger Kredite von der

IBB. Damit die Träger der Freien Wohlfahrtspflege aber keine unkalkulierbaren Risiken eingehen müssen, garantiert ihnen der Senat eine auf zehn Jahre angelegte Belegungsbindung der Stadtteilunterkünfte – wobei sicherlich auch nach diesen zehn Jahren noch dringender Bedarf an solchen Stadtteilwohnungen bestehen dürfte.

Ob die Umsetzung des grünen Vorschlages allein schon ausreichen würde, die aktuellen Defizite bei der Unterbringung von Flüchtlingen zu beheben, steht jedoch auf einem anderen Blatt. Da sind noch weitere Ideen gefragt. Aus dem grünen Thesenpapier zur Flüchtlingsunterbringung: „Wir begrüßen und unterstützen jede Initiative, die dieses Problem abzumildern hilft – etwa den Vorschlag des CDU-Abgeordneten Martin Patzelt aus Brandenburg, der vorsieht, Flüchtlinge bei Privatpersonen unterzubringen. Wir fordern den Senat auf, solche Ansätze möglich zu machen.“

–tz

### Alle Plätze schon komplett belegt

Bis August hatte das Landesamt 2 000 neue Wohnplätze für Flüchtlinge und Asylbewerber hergerichtet, bis Jahresende sollen bis 800 weitere Plätze folgen. Damit verfügte Berlin vor der Sommerpause über 9 712 Plätze in Flüchtlingsunterkünften. Die waren allerdings bereits komplett belegt, so dass weitere 684 Menschen vorübergehend in Hostels untergebracht wurden. Dazu hatten rund 8 500 Flüchtlinge eine Wohnung bezogen.

## BerlinerInnen setzen Zeichen gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus

# Widerstand ist nicht zwecklos



Nazis sind nicht willkommen. Nicht in Hellersdorf und auch sonst nirgendwo.  
Foto: Grüne Berlin/CC BY-SA 2.0

Zwei Bewohner der Flüchtlingsunterkunft in Hellersdorf werden nachts von einer Gruppe von Männern bedroht und mit Bierflaschen attackiert. Sie können in ihre Unterkunft flüchten und die Angreifer glücklicherweise noch daran hindern, in das Gebäude einzudringen. Dieser Angriff, der sich im März 2014 ereignete, ist leider kein Einzelfall.

ReachOut, die Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, zählte für 2013 in ganz Berlin 185 rechtsextrem, rassistisch, antisemitisch oder homophob motivierte Angriffe. Rassistische Übergriffe und die Mobilisierung rechtsextremer Parteien und rechtsextremer „Bürgerinitiativen“ im Hinblick auf Flüchtlingsunterkünften offenbaren in vielen Bezirken bedenkliche Entwicklungen. Rassismus ist leider ein dauerhaftes Problem.

Es gibt aber auch die andere Seite der Stadt: Im Zuge der Neueröffnungen von Unterkünften für Geflüchtete haben sich in fast

allen Bezirken lokale Initiativen und Bündnisse von BürgerInnen zusammengeschlossen, die sich gegen rassistische Hetze und für eine Willkommenskultur in ihren Kiezen einsetzen. Wie zum Beispiel der Verein „Hellersdorf hilft“.

Im April dieses Jahres sorgten tausende GegendemonstrantInnen in Kreuzberg dafür, dass die NPD gerade einmal hundert Meter weit kam, bevor sie ihre Kundgebung abbrechen musste. Auch im August zeigten sich viele BerlinerInnen solidarisch mit Geflüchteten und stellten sich geplanten NPD-Demos in Pankow und Weißensee erfolgreich in den Weg.

Die BürgerInneninitiative „Hufeisern gegen Rechts“ aus Neukölln hat schon vor der Eröffnung einer neuen Flüchtlingsunterkunft in Britz Spenden gesammelt und Hilfsangebote wie Behördenbegleitung oder Sprachkurse initiiert. Und als die NPD Anfang März vor der Unterkunft mit rechten Parolen

2013 wurden in den neuen Bundesländern und Berlin insgesamt 737 politisch rechts motivierte Angriffe mit mindestens 1 086 direkt Betroffenen dokumentiert. Dies sind rund 18 Prozent mehr Angriffe als die Beratungsstellen für das Jahr 2012 (626 Angriffe) dokumentiert hatten. Statistisch gesehen ereignen sich in Ostdeutschland etwa zwei rechte Angriffe pro Tag. Mit 223 Fällen wurden die meisten rechten und rassistischen Gewalttaten in Sachsen gezählt. Es folgen Berlin (185), Sachsen-Anhalt (116), Brandenburg (85), Mecklenburg-Vorpommern (83) und Thüringen (45).

Quelle:  
[www.opferperspektive.de](http://www.opferperspektive.de)

gegen die Asylpolitik demonstrieren wollte, standen schon morgens hunderte Menschen zum Gegenprotest bereit.

Das vielfältige Engagement macht Mut und zeigt, dass gesellschaftliches Engagement und friedlicher Widerstand erfolgreich sein können. Dennoch ist die Gefahr rechter Parolen und eines anhaltenden Antisemitismus in unserer Stadt nicht zu unterschätzen. Besonders erschreckend ist, wenn engagierte BürgerInnen von „Hellersdorf hilft“ durch Neonazis bedroht werden und dann die Polizei sie nicht schützt, sondern einschüchtert.

### Bündnisse gegen Rassismus unterstützen

Gerade deshalb müssen wir als Politik Bündnisse, Vereine und Kampagnen, die sich gegen Rassismus und Antisemitismus einsetzen, unterstützen. Und wenn die dort engagierten Menschen in den Fokus von Neonazis geraten, dürfen sie nicht alleine gelassen werden. Berlin ist und bleibt vielfältig – das gilt es zu verteidigen!

Leider hat der Senat unsere Forderung nicht umgesetzt, die Mittel für den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus aufzustocken. Die jüngsten Wahlergebnisse aus Sachsen, Thüringen und Brandenburg zeigen jedoch: Wir müssen die Zivilgesellschaft, Demokratie und Toleranz unterstützen. Denn es geht darum, die Demokratie und eine weltoffene Gesellschaft zu verteidigen.

CLARA HERRMANN, MDA  
SPRECHERIN FÜR STRATEGIEN  
GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

## Flüchtlinge in Europa

# Zwischen Frontex und „Dublin“

Italien droht, die Rettungsaktionen für auf dem Mittelmeer in Seenot geratene Flüchtlinge einzustellen, Ungarn schiebt „Illegale“ in Richtung der Herkunftsregion ab, aus der sie geflohen sind: Nicht nur RechtspopulistInnen, auch etliche VerantwortungsträgerInnen bauen an der „Festung Europa“, die kein „unerwünschter“ Flüchtling betreten soll. Für die Grünen heißt das oftmals: Hier muss kräftig gegen den Strom geschwommen werden.

Das Eintreten für den menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen ist nämlich mehr als das Engagement für Menschen, die aus ihren Herkunfts-ländern vertrieben wurden. Rebecca Harms, Co-Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europaparlament, bereits zum EU-Gipfel zur Flüchtlingspolitik vor einem Jahr: „Mit den Flüchtlingen im Meer sterben die europäischen Werte.“

Einiges konnten die Grünen bewegen, wenn auch bei weitem nicht genug. Zumindest schreiben die seit diesem April geltenden Regeln für die europäischen Frontex-GrenzschrützerInnen endlich verbindlich vor, dass in Seenot geratene Flüchtlingsboote tatsächlich gerettet werden müssen. Leicht verbessert wurde auch die Rechtslage der Flüchtlinge, etwa bei der Möglichkeit, auf Hilfe durch DolmetscherInnen oder AnwältInnen zu bestehen. Aber die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verlangten Rechts Garantien wurden noch nicht umgesetzt, Flüchtlingsboote können in Küstennähe nach wie vor zurückgewiesen werden – und die Rettungsaktionen sind durch die Haltung der italienischen Regierung wieder gefährdet.



Meterhohe Stacheldrahtzäune sollen die Flüchtlinge aus Afrika und Asien von Europa fern halten.  
Foto: Gwoeii

Trotz schöner neuer Worte und obwohl „im Prinzip“ kein Flüchtling ohne Anhörung einfach zurückgewiesen werden soll, zieht Ska Keller, bei den Europa-Grünen zuständig für Flüchtlingspolitik, eine ernüchternde Bilanz: „In der Praxis lässt die Neuregelung Gesetzeslücken offen, die es den am Frontex-Einsatz beteiligten Staaten ermöglichen, das Prinzip zur Nicht-Zurückweisung zu umgehen.“

### Die großen Länder setzen Abwehrphantasien durch

Für Flüchtlinge, die es trotz Frontex nach Europa schafften, stellt sich das nächste Problem. Theoretisch sollten sie in allen EU-Ländern die gleichen Rechte und Chancen auf ein menschenwürdiges Leben haben. Doch da steht die Dublin-Verordnung davor. Die sagt: Für die Bearbeitung eines Asylantrages ist das Land zuständig, in dem der Flüchtling erstmals europäischen Boden betrat. Das hat für die Betroffenen verheerende Konsequenzen.

Ska Keller: „Damit haben die Mitgliedsstaaten vor allem an den südlichen Außengrenzen die größte Verantwortung. So

kommt es dazu, dass ein kleines Land wie Malta auf die EinwohnerInnenzahl gerechnet eine weitaus größere Asylsuchendenzahl hat als Deutschland. Flüchtlinge, die Familie in Schweden haben, müssen in Italien Asyl beantragen. Andere, die fließend Französisch sprechen, müssen in Ungarn um Asyl bitten.“ Noch schlimmer: „Da die südlichen Mitgliedsstaaten wissen, dass sie auf den Asylanträgen sitzen bleiben werden, schauen einige auch mal weg, wenn im Mittelmeer ein überfülltes Boot in Seenot gerät.“

Die grüne Europaparlamentarierin leitet daraus die Forderung ab: „Die Zuständigkeit muss sich an den Bedürfnissen der Flüchtlinge ausrichten, nicht an den Abwehrphantasien großer Länder ohne Außengrenzen wie Deutschland. Das würde den südlichen Mitgliedsstaaten helfen, aber insbesondere den Flüchtlingen, die nicht länger durch Europa verschickt werden würden.“ Und aktuell vor allem vorrangig: Die Rettungsaktionen auf dem Mittelmeer dürfen nicht aus politischem Kalkül gefährdet werden.

### Die Mär von der Massenflucht nach Europa

2013 flohen rund 50 Millionen Menschen aus ihren Heimatorten. 33,3 Millionen fanden im Herkunftsland eine halbwegs sichere Bleibe, 16,7 Millionen mussten über Landesgrenzen. Die wichtigsten Aufnahmeländer für diese „internationalen Flüchtlinge“: Pakistan mit 1,6 Millionen, Iran mit 857 000, der Libanon mit 856 000. Gemessen daran absolut bescheiden: Alle EU-Staaten zusammen verzeichneten 2013 ganze 435 000 Asylanträge.

## Fair Trade

# Den schönen Worten folgten bisher nur wenige Taten

*Szenen einer Filialeröffnung am Alexanderplatz: Bunte Luftballons vermitteln Straßenfeststimmung, eine Band spielt auf, der irische Ministerpräsident ist als Ehrengast angekündigt, hunderte KundInnen warten darauf, dass endlich die Tore zum billigen Einkaufsparadies öffnen. Unmittelbar daneben: Phantasievolle Protestaktionen von AktivistInnen der „Kampagne Saubere Kleidung“. Deren Kleidertauschparty mit Secondhandklamotten lockt nicht weniger Menschen an als der neue Primark-Laden, der jüngste Ableger der irischen Textil-Discounter-Kette.*

Zumindest in der öffentlichen Diskussion bläst Primark und Co. der Wind ins Gesicht: Wer sein Geschäftsmodell darauf ausrichtet, seine Produkte vorzugsweise zu Hungerlöhnen in der Dritten Welt herstellen zu lassen, am besten in Ländern ohne freie Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnenrechte, dazu vielleicht auch in seinen europäischen Niederlassungen das Arbeitsrecht umgeht, der kann sich der Negativschlagzeilen ziemlich sicher sein – spätestens dann, wenn in Bangladesch der Brand in einer Textilfabrik wegen eingesparter Schutzvorrichtungen wieder einmal unzählige Opfer fordert. Da ist in der Öffentlichkeit die Forderung nach Fair Trade, nach einem weltweit fairen Handel mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen angesagt.

## Teure Marken halten es wie Billigheimer

Den Umsätzen der mehr oder weniger ungeniert auf nackte Ausbeutung setzenden Billigheimer tut das in der Regel allerdings wenig Abbruch. Schließlich gibt es genügend GeringverdienerInnen und ALG-II-EmpfängerInnen, die kaum eine Alternative zum Einkaufen in den Billigstläden finden. Außerdem weiß man doch auch: Es sind nicht nur Primark, KiK und Konsorten, die ihre Produktionsaufträge an den billigsten Fabrikanten mit den schlimmsten Arbeitsbedingungen vergeben. Die teuren

Marken, die ihre Produkte in Edelboutiquen zu Spitzenpreisen verkaufen lassen, halten es doch auch nicht anders – und das gilt für Textilien wie für andere Produkte, von der Banane bis zum Computerzubehör.

## Für eine europäische Transparenz-Richtlinie

Anlässlich der Primark-Eröffnung am Alex schrieb die grüne Verbraucherschutz-Expertin Renate Künast in der FAZ: „Schlimme Arbeitsbedingungen in den Nähereien (für Primark u.a.) sind nur ein Glied in einer brutalen Lieferkette. Sie beginnt bei der Baumwollernte. Die billigsten Produzenten, etwa in Usbekistan, setzen hierbei systematisch auf Kinderarbeit. In der Weiterverarbeitung werden zum Teil hochgiftige Chemikalien verwendet. Viele von ihnen landen ungefiltert in den Flüssen und Böden der Umgebung und verseuchen ganze Landstriche.“

Und ganz grundsätzlich forderte Künast: „Eine europäische Transparenzrichtlinie ist erforderlich, gesetzliche Pflichten zur Offenlegung der Lieferkette und Klagemöglichkeiten für Opfer auch in Europa oder den USA.“ Davon würden dann nicht allein die Ausgebeuteten der Textilbranche profitieren.

Doch auch ohne solche verbindlichen internationalen Regelungen können sich VerbraucherInnen, aber ebenso Städte und Gemeinden für den Fair-Trade-

Gedanken stark machen, solche ProduzentInnen fördern, die ihre MitarbeiterInnen ordentlich entlohnen, die schonend mit den Ressourcen der Umwelt umgehen. Solche meist kleineren Unternehmen, oft Genossenschaften, gibt es in den Entwicklungsländern nämlich auch.

In der Theorie hat sich so auch das Land Berlin diesem fairen Handel verpflichtet. Mit der Umsetzung hapert es allerdings. Zur Primark-Eröffnung am Alex mahnte Clara Herrmann, die entwicklungs- und haushaltspolitische Sprecherin der Grünen im Abgeordnetenhaus, deshalb an: „Verbraucherinnen und Verbraucher können mit bewusstem und kritischem Konsum einen Beitrag zu nachhaltigem und fairem Handel leisten. (...) Diese Verantwortung beschränkt sich jedoch nicht auf das Individuum. Auch Berlin kauft Güter ein. Der Senat muss endlich die notwendigen Strukturen für die Umsetzung einer öko-fairen Vergabepolitik schaffen.“ Knapp einen Monat später, zum Beginn der europaweiten Kampagne „Make Chocolate Fair“, setzte die grüne Abgeordnete das Thema erneut auf die Tagesordnung, sagte dazu

## Fairer Handel in Städten und Kommunen

In Deutschland gehören bisher knapp 250 Städte und Kommunen dem Netzwerk der Fairtrade-Towns an. Koordiniert wird das vom 1992 gegründeten TransFair e.V. Der Verein handelt nicht selbst mit Produkten, vergibt aber das Fairtrade-Siegel für fair

gehandelte Produkte. Solche Artikel gibt es bundesweit in rund 42 000 Geschäften zu kaufen, dazu schenken etwa 20 000 Gastronomiebetriebe Fairtrade-Kaffee oder -Kakao aus. Dem internationalen Verbund Fairtrade International gehören Initiativen aus 25 Ländern an. Mehr Informationen im Internet unter [www.fairtrade-towns.de](http://www.fairtrade-towns.de).

auch, wie die Unterstützung fairen Handels konkret aussehen könnte: „So sollten fair gehandelte Produkte wie etwa Kaffee und Schokolade in öffentlichen Kantinen in Berlin nicht die Ausnahme, sondern die Regel sein. Damit kann Berlin einen Beitrag zu fairen und sicheren Arbeitsbedingungen, ökologischen sowie sozialen Handelsbeziehungen und gegen Kinderarbeit leisten.“

## So können sich auch die Bezirke engagieren

Was auf Landesebene nicht klappen will, kann aber auf Bezirksebene durchaus funktionieren. Ende 2012 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung von Mitte, dass sich der Bezirk um den Titel einer Fairtrade-Town bewerben soll, er gehört nun auch dem internationalen Netzwerk von rund 1 500 Fairtrade-Towns – darunter Metropolen wie Rom, London oder San Francisco – an.

Für die Koordinierung der Fairtrade-Aktivitäten in Mitte zuständig ist der grüne stellvertretende Bürgermeister Stephan von Dassel, Stadtrat für Soziales und Bürgerdienste. Was der Be-

zirk unter seiner Federführung bisher unter anderem für den fairen Handel unternahm: Mit den Rathaus-Kantinen wurden Gespräche geführt, um sie zu bewegen, Fairtrade-Produkte in ihr Sortiment aufzunehmen; bei der nächsten Ausschreibung wird dann auch ein Mindestangebot an Fairtrade-Produkten als Bedingung für künftige Kantinenbetreiber genannt. Eltern- und SchülerInnenvertreterInnen wurden informiert, wie sie ihre Schule zur Fairtrade-Schule machen können. Auf der Webseite des Bezirks steht eine Liste der örtlichen Geschäfte mit Fairtrade-Produkten. Für die Zukunft geplant: Bei Dienstberatungen wird nur noch fairer Kaffee und Tee getrunken – und auch bei der Anschaffung künftiger Dienst-Handys sollen solche Modelle gewählt werden, die dem Fairtrade-Gedanken zumindest nahe kommen.

Daran könnten sich doch auch andere Bezirke ein Beispiel nehmen, meinten etwa die Grünen in Tempelhof-Schöneberg, stellten in ihrer BVV den Antrag, sich auch um den Titel einer Fairtrade-Town zu bewerben, schrieben zur Begründung: „Die internati-

onale Fairtrade-Kampagne zeigt bereits positive Wirkung etwa bei der Armutsbekämpfung, bei der Verbesserung von Kinder- und Frauenrechten, beim Gesundheitsschutz. Jeder Verbraucher, der hier in einem Geschäft zu Fairtrade-Produkten greift, leistet seinen Anteil daran, dass sich in den armen Ländern die Lage etwa der Kleinbauern oder Tagelöhner verbessern kann.“

Dem wollte in der BVV auch keine andere Fraktion so direkt widersprechen, doch dafür kamen andere Bedenken hoch: Macht die Bewerbung nicht zu viel Arbeit, kann die Bezirksverwaltung wirklich leisten, was von einer Fairtrade-Town verlangt wird. Der grüne Antrag landete erst einmal auf dem langen Weg durch die Ausschüsse.

Wer sich für fairen Handel einsetzt, wird zwar schöne Worte hören, bekommt es in der Praxis aber mit der Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu tun – und muss die in mühevoller Kleinarbeit mit Taten füllen.

DETLEF FRITZ



Ein kleines Symbol sorgt nicht für eine bessere Welt, aber es zeigt, dass es auch mit fairen Produktionsbedingungen geht.

Foto: Kalle Erlacher

## Gewerkschaften und Grüne: Gemeinsam aktiv

## Ein (fast) perfektes Paar

„Seit wann kuschelt die Gewerkschaft denn mit den Grünen?“ – Wer die Initiative GewerkschaftsGrün vorstellt, bekommt hin und wieder so eine launische Bemerkung zu hören. Für Grüne ist heutzutage selbstverständlich, dass Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze sind, sondern sich sinnvoll ergänzen. GewerkschaftsGrün setzt sich dafür ein, dass mit der gleichen Selbstverständlichkeit die Wechselbeziehung zwischen fairen Arbeitsbedingungen und der Bewahrung von Natur und Umwelt anerkannt wird: ArbeitnehmerInnenrechte und existenzsichernde Löhne sind ebenso wenig Wirtschaftshemmnis wie der Umweltschutz. In Gesellschaften, deren Leitbild sozialer Zusammenhalt und die soziale Inklusion sind, wird mehr Rücksicht auf die Umwelt genommen. Oder wie UNEP-Chef Klaus Töpfer erklärte: „Armut ist das größte Umweltgift.“

## Vorurteile abgebaut

Erfreulicherweise entwickelte sich in den vergangenen Jahren ein reger Austausch zwischen Gewerkschaften und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenseitige Vorurteile, von wachstumsabhängigen Gewerkschafts-Apparatschiks einerseits und vermeintlichen Öko-TräumerInnen andererseits, schwanden. Zum konstruktiven Dialog tragen bis heute aktive GewerkschafterInnen bei, die sich auch in die grüne Partei einbringen, und engagierte Grüne, die auch Gewerkschaftsmitglieder sind.

Viele von ihnen haben sich im Jahr 2001 im „Grünen Forum für Arbeit und Soziales – GewerkschaftsGrün“ zusammengeschlossen. In Berlin ist eine der aktivsten Gruppen von Gewerk-

schaftsGrün zu Hause. Im Mittelpunkt stehen bei GewerkschaftsGrün die Themen Ökologisierung des Wirtschaftssystems, gerechte Verteilung der Arbeit – national und global – sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie

## Gegen prekäre Beschäftigung

Zwei Mal jährlich veranstaltet GewerkschaftsGrün Diskussionsrunden. In diesen „Dialogforen“ treffen grüne EntscheidungsträgerInnen auf Menschen aus der Gewerkschaftsbewegung. Dabei werden Themen diskutiert wie soziale (Mindest-)Standards bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, grüne Arbeitsmarktpolitik und die Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge. Im Frühjahr 2014 war die Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke zu Gast. Sie sprach sich dabei gegen jegliche Ausnahme beim gesetzlichen Mindestlohn aus.

Ein Arbeitsschwerpunkt von GewerkschaftsGrün ist die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse in allen Arbeitsbereichen, auch dort, wo die öffentliche Hand als Arbeitgeberin auftritt. Sowohl Gewerkschaften als auch die Grünen haben viel dazu beigetragen, dass der Skandal öffentlicher Prekarisierung immer wieder öffentlich wurde, unter anderem im Bildungsbereich. Dies war auch das Thema der Veranstaltung von GewerkschaftsGrün Berlin im September: „Dialogforum: Inflationär prekär“.

Um bei GewerkschaftsGrün Berlin & Brandenburg mitzumachen, ist die Mitgliedschaft in Partei oder Gewerkschaft keine zwingende Voraussetzung. Allerdings erwarten wir, dass die Ziele beider Organisationen von allen anerkannt werden, die sich unter dem Label GewerkschaftsGrün treffen.

Alle, die sich für gewerkschaftliche und grüne Themen interessieren, sind uns willkommen!

MANUEL HONISCH/CHRISTIAN KÖLLING



Zeichnung: Freimut Woessner

## GewerkschaftsGrünes Dialogforum

## LehrerInnen in prekären Verhältnissen

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Jobs, bei denen das Geld nicht zum Leben reicht, bei denen der Arbeitnehmer faktisch ohne Rechte ist und von einem Tag zum anderen auf der Straße stehen kann: Die gibt es nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch im Bereich des Öffentlichen Dienstes, in der Bildung. Um die Lebens- und Arbeitsbedingungen von MitarbeiterInnen an Hochschulen, Volkshochschulen, Musikschulen, Sprach- und Integrationskursen ging es Ende September bei dem Dialogforum, den die GewerkschaftsGrünen unter dem Titel „Inflationär prekär!“ durchführten.

Im Vergleich zu ihren fest angestellten KollegInnen sind die prekär beschäftigten Lehrkräfte, BildungsarbeiterInnen und Teamenden auch in der kulturellen und politischen Jugendbildung, in der Weiterbildung oder der beruflichen Wiedereingliederung nur „zweitklassig Beschäftigte“. Zwar verfügen sie oft über ebenso lange Berufserfahrung, erledigen die gleichen Aufgaben, genießen aber keine vergleichbare Beschäftigungssicherheit, beziehen dafür kein

alterssicherndes Einkommen. Linda Guzzetti, Sprach-Dozentin und für GewerkschaftsGrün an der Organisation des Dialogforums maßgeblich beteiligt, meinte dazu: „Bildung spielt eine Schlüsselrolle für die gesellschaftliche Entwicklung.“ Umso unverständlicher sei es aber, dass auch hier private und öffentliche Einrichtungen ihre unternehmerischen Planungsrisiken auf die freien MitarbeiterInnen abwälzten. Guzzetti: „Wenn die Mehrheit der DozentInnen über Honorarverträge arbeitet, sind die unternehmerischen Risiken der Einrichtungen sehr niedrig und alle Risiken liegen bei den DozentInnen. Das schadet den Arbeitsbedingungen ebenso wie der Kontinuität der Angebote in den Einrichtungen.“

## Unterschiede bei der Schlechterstellung

Wer an einer dauerhaften Aufgabe arbeitet, hat auch ein Anrecht auf eine dauerhafte Anstellung. Die Ergebnisse des Dialogforums lassen sich aber nicht allein auf die Forderung „Dauerstelle bei Daueraufgabe“ reduzieren. Die Arbeitsbedingungen der freien MitarbeiterInnen

sind nämlich zwar unterschiedlich schlecht, aber immer prekär. Die gewerkschaftsGrüne Sprach-Lehrerin erläuterte: „An der Volkshochschule wird besser bezahlt als an den privaten Sprachschulen. An den Fachhochschulen werden die Korrekturen der Abschlusstests vergütet, aber nicht an den großen Berliner Universitäten. Wer künstlerische oder musische Fächer unterrichtet, kann sich über die Künstlersozialkasse versichern – wer andere Fächer unterrichtet, muss die Arbeitgeber- sowie Arbeitnehmeranteile der Sozialversicherungsbeiträge selbst tragen.“

## Personalvertretungsgesetz dringend reformieren

Für die Podiumsdiskussion im Anschluss an die Workshops waren u.a. Stefani Sonntag, Personalratsvorsitzende der Europa-Universität Viadrina, Kay Janke, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats des Goethe-Instituts, die Berliner Grünen-Abgeordnete Stefanie Remlinger, Veronika Mirschel von der Verdi-Bundesverwaltung, Referat Selbständige, und Andreas Kraft, im GEW-Vorstand für Kinder-, Jugendhilfe, Sozialarbeit zuständig, eingeladen. Gemeinsam mit Betriebs- und Personalräten wurde darüber nachgedacht, ob und wie Honorarkräfte in die Beteiligung der Personalräte aufgenommen werden können. Dazu ist eine Novellierung der Personalvertretungsgesetze in Berlin und Brandenburg nötig.

Nicht zuletzt sollten die Erfahrungen und Stimmen der Betroffenen die grüne Bildungspolitikerin beim Dialogforum unmittelbar erreichen. Linda Guzzetti: „Wir wollten auch zeigen, dass die Politik eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse hat.“

CHRISTIAN KÖLLING

## Was heißt eigentlich „prekär“?

Als „prekäre Arbeit“ bezeichnet man u.a. eine geringfügige Beschäftigung mit einem monatlichen Arbeitsentgelt von maximal 400,- Euro. Als prekär gilt aber auch eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von mindestens 15 Stunden, die nicht zu einem existenzsichernden Arbeitseinkommen führt sowie selbständige Tätigkeit, deren Ertrag ebenfalls nicht zum Leben reicht.

## Infos und Termine:

GewerkschaftsGrün trifft sich an jedem zweiten Donnerstag im Monat in der grünen Geschäftsstelle Neukölln, Berthelsdorfer Straße 9.

[www.gewerkschaftsgruen-berlin.de](http://www.gewerkschaftsgruen-berlin.de)

[www.facebook.com/GewerkschaftsGruen](https://www.facebook.com/GewerkschaftsGruen)

Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg

# Solide Ergebnisse im Osten

Fünfundzwanzig Jahre nach der Friedlichen Revolution erzielten die bündnisgrünen Landesverbände in Sachsen, Brandenburg und Thüringen bei den Landtagswahlen solide Ergebnisse. Zwar verloren alle drei WählerInnen, konnten aber relativ ihr Ergebnis von 2009 bei leichten Verlusten halten beziehungsweise stabilisieren. Brandenburgs Grüne schnitten ohne Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung dabei besser ab als die Landesverbände in Sachsen und Thüringen, die sich nach den Wahlen in Sondierungsgespräche begaben.

### Innerparteiliche Probleme

Und hier beginnen die Probleme. Der sächsische sowie der thüringische Landesverband kennen im Gegensatz zum brandenburgischen eine latente Realo- und Fundi-Polarisierung. Dies führte im Vorfeld der Landtagswahl zu Auseinandersetzungen im sächsischen Landesverband, die in den Wahlkampf hineinreichten und im Anschluss an die Wahl den Rückzug von Antje Hermenau zur Folge hatten, die eine schwarz-grüne Koalition angestrebt hatte.

So wurden weniger die Kohle-Problematik, sondern vor allem innerparteiliche Zweifel zum Hinderungsgrund für eine mögliche schwarz-grüne Regierungsbildung. Am 19. September erklärten die sächsischen Grünen keine Koalition mit der CDU eingehen zu wollen. Sollten Partei und Fraktion in Sachsen jedoch langfristig in den Händen derselben Doppelspitze bleiben, wäre dies ein „Wahlergebnis“, das den Grünen, die zwar eher mit ihrem Programm denn mit ihren Spitzen punkten, in kommenden Wahlkämpfen mehr nutzen könnte als eine Regierungsbeteiligung.

### Speckgürtel und Diaspora

Denn auf die Köpfe kommt es neben den Inhalten auch an. Während 20 Prozent der WählerInnen anderer Parteien in Brandenburg ihr Kreuz wegen des Spitzenkandidaten bei SPD oder CDU machten, waren es bei den Grünen lediglich neun Prozent. Ein Manko, welches bei schwachen Wahlergebnissen die Frage nach der Trennung von Amt und Mandat aufwirft. Umso dringender, als das brandenburgische Dilemma mit Speckgürtel-Hochs und ländlichem Diaspora-Dasein durch die Landtagswahl verschärft wurde. Wenn das grüne Programm auf dem Lande wenig verfährt, sollten es die Grünen künftig mit dort besser vermittelbaren und auch bekannteren Spitzenkandidaten versuchen.

In Brandenburg zeigt sich ein Gefälle zwischen den Ergebnissen im „Speckgürtel“ um Berlin und den stadtfernen Gebieten. In Wahlkreis Potsdam I erzielten Bündnis 90/Die Grünen 19,2 Prozent, in Potsdam-Mittelmark IV 13,2 Prozent. Im Wahlkreis Elbe-Elster II waren es nur 2,2 Prozent. Die Wahlbeteiligung ist ebenfalls in den Randgebieten Berlins höher (Potsdam I 61,7 Prozent, Elbe-Elster II 48 Prozent.) Die SPD war bei den Zweitstimmen in allen Wahlkreisen vorn. Die Linkspartei gewinnt nur noch in vier Wahlkreisen das Direktmandat, 2009 waren es 21!

Brandenburgs Grüne verloren zwar an absoluten Stimmen (in manchen Wahlkreisen die Hälfte der WählerInnen von 2009), prozentual konnten sie aber wegen der eingebrochenen Wahlbeteiligung leicht zulegen. Als ein Hauptgrund dafür wird der Bundestrend genannt, der sich im drastischen Vorsprung des Wahlsiegers SPD vor der CDU aber nicht recht widerspiegeln will. Im Wahlkreis Elbe-Elster II lag der grüne Direktkandidat hinter dem der Piraten, während die NPD bei den Zweitstimmen vor den Grünen einlief. Volatilität dank fehlender oder extremistischer Parteibindung!

### Grüne Themen kommen an

Vor allem besser Gebildete, aber rund 91 Prozent der Grünen-AnhängerInnen in Brandenburg sehen sich als GewinnerInnen der deutschen Einheit. (CDU 76 Prozent, Linke 49 Prozent). Der Kampf gegen Kohlebergbau und Massentierhaltung waren auch deshalb die exklusiven Wahlkampfthemen, mit denen die Grünen genug WählerInnen einwarben. Themen, die „VerliererInnen der Einheit“ eher wenig ansprechen. Ist es für die Grünen deshalb gut oder schlecht, dass genau diese immer seltener zur Wahl gehen?

In Thüringen sind die machtpolitischen Folgen der Wahl bei Redaktionsschluss noch unklar.



CHRISTOPH WUNNICKE  
KV ELBE-ELSTER

Der thüringische Landesverband fiel im Gegensatz zum sächsischen nicht durch öffentlich ausgetragene Zwistigkeiten um Rot-Rot-Grün oder Schwarz-Grün auf. Im Ergebnis verhandeln die dortigen Grünen um die mögliche Bildung der ersten rot-rot-grünen Landesregierung, die von einem Mitglied der Linkspartei geführt werden würde. Gut, dass

es in Thüringen keinen Kohlebergbau gibt. Aber auch ohne das neuralgische Thema Kohle liegen genügend programmatische Hürden zwischen den immerhin drei potentiellen KoalitionärInnen. Kritisch, bei nur einer Stimme Mehrheit.

### Pankow unterstützte die Uckermark beim Landtagswahlkampf

# Grüne für Grüne im Grünen



Heide Schinowsky, Miachael Jungclaus, Ursula Nonnemacher, Marie Luise von Halem, Benjamin Raschke und Axel Vogel sitzen in der kommenden Legislaturperiode für die Grünen im Brandenburger Landtag.  
Foto: Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag

*Im Nordosten Brandenburgs liegt die Uckermark. Ein Kreis, wie er grüner nicht sein könnte – allerdings nicht politisch betrachtet. Denn dieser sehr große Kreisverband hat nur sehr wenige bündnisgrüne Mitglieder. Und die aktiven Bündnisgrünen leben dutzende Kilometer voneinander entfernt. Schwierige Ausgangslage für einen lebendigen Wahlkampf.*

Im Nordosten Berlins liegt Pankow. Ein Bezirk, der über viel natürliches Grün und über eine mit weit über 700 Mitgliedern solide grün-politische Basis verfügt. Wir haben uns aufgemacht, vom Nordosten Berlins in den Nordosten Brandenburgs, um unsere Uckermärker Freundinnen beim Plakatieren zu unterstützen. Wir hätten mehr sein können, aber es war ja auch ein Novum, unser Ausflug nach Nor-

den, um die Wahlkampf-Sehnsucht zu stillen... und baden zu gehen... und zu grillen... und nette Menschen kennen zu lernen...

### Wahlkampf auf dem Land

Acht wackere PankowerInnen hatten sich mit Blick auf die Landtagswahl in Brandenburg aufgemacht, um auf dem Templiner Marktplatz Plakate zu kleben und sie landauf, landab auf die umliegenden Dörfer zu verteilen. Eine ganz neue Erfahrung war das: nur wenige Plakate in vielen Stunden zu hängen. Die Entfernung der Dörfer ist das eine, der Zustand der Straßen ist das andere. Dazu kommen fehlende Ortskenntnis und die Frage: lieber in diesem Dorf vor den Minimarkt oder doch in jedem Dorf vor die Kirche? Das Tempo, die Strecken, die Mengen sind anders als in Pankow, wo jede Laterne hart umkämpft ist und wir mit Bollerwagen und Leitern zu Fuß unterwegs sein können.

Man fragte sich schon das eine oder andere Mal: Wäre es nicht effizienter, einen attraktiven Musikerd aufzuziehen, der (bundesweit? also über das Internet?) verbreitet und mit den jeweiligen Lokalnachrichten lockt, aber

immer wieder auch über bündnisgrüne Politik informiert? Was bringen ein paar Motive hier und da? Immerhin eine Steigerung des Wahlergebnisses, werden die einen sagen. Man muss sie halt hängen, sagen die anderen. Aber eine Frage ist das schon: wenig WoManpower, ein Riesengebiet, wie setzt man da seine bündnisgrüne Kraft so ein, dass sie am meisten Wirkung entfaltet?

### KV-Partnerschaft?

Eine weitere Idee entstand: Vielleicht stellen wir eine Patenschaft auf die Beine, zwischen dem KV Pankow und dem KV Uckermark! Denn ein Mal ist kein Mal. Außerdem haben wir uns „sawohl“ gefühlt, freigelassen auf den Feldern, in den Wäldern und in den Seen der Uckermark. Und unsere neuen Freundinnen aus der Uckermark wollen wir auch wieder besuchen.

Schön, dass wir unseren Beitrag leisten durften und ein herzliches Dankeschön an Bündnis 90/Die Grünen Uckermark für die freundliche Aufnahme, das extrem leckere Essen und die interessanten Gespräche.

## Studie zum BER

## Abflug in das Schwarze Loch der Steuergelder

Über 60 Verkehrsflughäfen gibt es in Deutschland, etliche davon als Ergebnis falscher Standort- und sonstiger politischer Fehlentscheidungen auf Dauer von Subventionen abhängig, ohne die Chance, jemals ertragreich zu funktionieren. In dieser Gruppe der Steuergeld-Gräber wird der BER wohl eine einsame Spitzenstellung einnehmen.

Das ist das Ergebnis der Studie „Der Flughafen BER – Analyse der wirtschaftlichen Situation mit alternativen Szenarien“, die die Forschungsgruppe Luftverkehr der Technischen Universität Chemnitz im Auftrag der grünen Bundestagsfraktion sowie der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus und im Brandenburger Landtag erstellte.

Theoretisch könnte es mit einem irgendwann fertig gestellten BER so funktionieren: PassagierInnenzahlen und Frachtverkehr wachsen jährlich um etwas über zwei Prozent, der Flughafen erzielt einen Überschuss von knapp 100 Millionen Euro pro Jahr. Da bliebe nach Abzug der Kapitalkosten genug in der Kasse für die regelmäßige Instandhaltung, hätte man nach 25 Jahren auch das Geld für die dann notwendige Erneuerung.

Die Berechnung dieses günstigsten aller möglichen Fälle hat aber einen kleinen Haken: Da setzten die Forscher ein investiertes Kapital von etwas über 3,1 Milliarden Euro an, ein Betrag, der in der Planung zwar auch einmal eine Rolle spielte, aber bereits im Frühjahr 2014 überholt war. Da ging man nämlich schon von Baukosten an die 4,7 Milliarden Euro aus. Deshalb dürfte die zweite Modellrechnung der ForscherInnen etwas näher an der künftigen Wirklichkeit sein: Der Flughafenbetrieb

funktioniert reibungslos, aber für Kredite und Kreditkosten benötigen die FlughafenbetreiberInnen schon eine eigene „Bad Bank“, die die Schulden, vielleicht sogar einen Teil der laufenden Kosten übernimmt.

### Neue Mittel erst, wenn die Zahlen stimmen

Diese Variante ist für die SteuerzahlerInnen zwar schon teuer genug, aber noch nicht das teuerste der möglichen Szenarien. Wenn es dem künftigen Flughafen nämlich nicht gelingt, seine Einnahmen jährlich zu steigern, nutzt auch die stärkste Bad Bank nichts. Dann wäre das Projekt BER zur andauernden finanziellen Katastrophe geworden.

Die grünen Fraktionen, die die Studie in Auftrag gaben, ziehen aus den Forschungsergebnissen das Fazit: Angesichts der geringen Chance, Berlin mit dem BER wirklich zu einem internationalen Drehkreuz zu machen, ist es jetzt an der Zeit, sich von unrealistischen Großprojekt-Träumen zu verabschieden. Der Flughafen wird am jetzigen Standort fertiggestellt, aber als mittelgroßer Airport für die Region Berlin-Brandenburg,

ohne die geplante dritte Startbahn. Der jetzige Flughafen Schönefeld bleibt als Terminal für Low-Cost-Carrier erhalten.

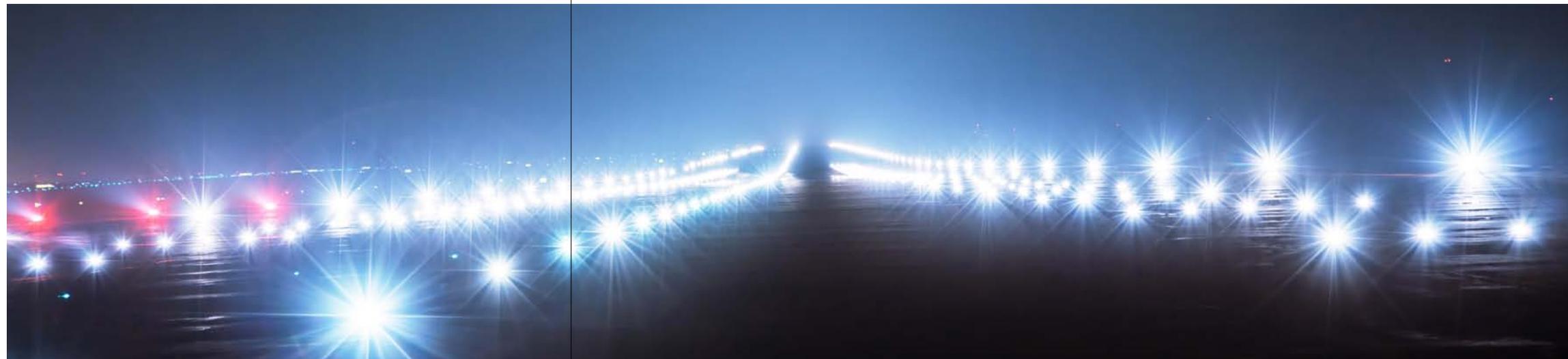
Grundsätzlich schreiben die drei Fraktionen im Vorwort zur Studie: „Der BER darf sich für die SteuerzahlerInnen nicht weiter zu einem Fass ohne Boden entwickeln. Wir fordern die Gesellschafter Bund, Land Berlin und Land Brandenburg mit Nachdruck dazu auf, endlich einen aktuellen Terminplan bis zur Inbetriebnahme des Flughafens vorzulegen. Außerdem muss ein transparentes und belastbares Finanzkonzept unter Einbezug des aktuellen Arbeits- und Erhebungsstandes, eine mittelfristige Liquiditätsplanung über das Jahr 2015 hinaus sowie eine Darstellung des aktuellen Kapazitätsvolumens und des Kapazitätsbedarfes durch die Flughafengesellschaft erbracht werden.“

Solange diese Unterlagen nicht auf dem Tisch liegen, werden die Grünen im Bundestag als auch in den Parlamenten von Berlin und Brandenburg jedenfalls keinen weiteren Finanzspritzen für den BER zustimmen.

-tz

### Airport-Planung deutschlandweit

Das BER-Desaster ist nicht allein Resultat Berliner und Potsdamer Fehlentscheidungen. In Deutschland fehlt ein realistisches, landesweites Flughafen-Konzept. Das sollte nach Auffassung der VerkehrsforscherInnen der TU Chemnitz den Blick auf den Ausbau der terrestrischen Infrastruktur werfen, Lärmbelastigung von AnwohnerInnen und ähnliches durch sorgfältige Standortwahl vorbeugen, eine Reduzierung der Verkehrsflughäfen ins Auge fassen. Sechs vom Bund geförderte Flughäfen an so genannten Makrostandorten reichen danach völlig aus.



## Aus dem BER-Ausschuss

## Die Zwei-Milliarden-Euro-Nacht

Dunkle Wolken hängen über der Feuerwache Ost des neuen Flughafens BER. Es ist Mittwoch, 16. Mai 2012, 15:30 Uhr, und die Aufsichtsräte der Flughafengesellschaft versammeln sich zu einer außerordentlichen Sitzung. Bis gegen zwei Uhr des nächsten Morgens werden sie tagen.

Eine Woche zuvor musste die für den 03. Juni geplante Eröffnung des Flughafens abgesagt werden. Die TeilnehmerInnen stehen unter höchstem Druck. Besonders der Aufsichtsratsvorsitzende. Hatte doch Klaus Wowereit die Eröffnung des neuen Flughafens ausdrücklich zum wichtigsten Vorhaben der Legislaturperiode erklärt. Heute, im Sommer 2014 gibt es nicht einmal mehr irgendwelche Terminpläne, geschweige ein Eröffnungsdatum.

Keiner der Aufsichtsräte hatte an der pünktlichen Inbetriebnahme des BER gezweifelt. Zwar mussten zweistellige, als „Beschleunigungskosten“ etikettierte Millionenbeträge bewilligt werden, aber gelegentliche Nachfragen beruhigte die Leitung der Flughafengesellschaft mit dem Hinweis, alles laufe nach Plan.

Unklar, ob jedeR in diesen Plan eingeweiht war. Obwohl Gesamtprojektleiter Joachim Korkhaus vor dem Untersuchungsausschuss erklärte, jedeR habe gewusst, dass der Flughafen nur teilweise fertig gestellt war. Man habe deshalb geplant, tagsüber den Flughafen zu betreiben und nachts weiter zu bauen. Dennoch, ob Aufsichtsrat oder Projektausschuss – alle wähten sich informiert. Unvergesslich der Ausspruch von Wowereit, dass ein Aufsichtsrat nur wissen könne, was die Geschäftsführung ihm erzählt. Schließlich baue ja nicht der Aufsichtsrat, sondern die Gesellschaft. Selig sind die Ahnungslosen.

### Schuld waren immer die anderen

Am 16. Mai 2012 ist vor der Feuerwache Ost die mediale Aufmerksamkeit riesengroß. Dutzende Fernsehkameras erwarten Aufklärung, warum der Eröffnungstermin des milliardenschweren Projekts kurzfristig abgesagt wurde. Den Mikrofonen werden keine tiefgründigen Analysen anvertraut, man zeigt sich aber tatkräftig und entschlossen. Einigkeit herrscht in einem Punkt: Im Aufsichtsrat

rollen keine Köpfe, die müssen anderswo gefunden werden. Niemand im Aufsichtsrat ahnte, dass die BER-Entrauchungsanlage möglicherweise nicht funktionsfähig ist. Niemand in der ersten oder zweiten Führungsebene der Flughafengesellschaft, ganz zu schweigen vom Aufsichtsrat, war ExpertIn für Haustechnik oder konnte auch nur die richtigen Fragen stellen.

Welche Entscheidungen kann ein Aufsichtsrat unter solchen Rahmenbedingungen fällen? Im Zweifel die falschen. Und so kam es auch: Man trennte sich am 16. Mai 2012 von dem Generalplaner pgbbi – und damit von den einzigen, bei denen auf Grundlage bestehender Verträge eine Fertigstellung des Terminals einzuklagen gewesen wäre.

Legendär wurde das Zitat des Berliner Innensenators Frank Henkel (CDU), im Aufsichtsrat am 16. Mai habe man versichert, die Arbeiten am BER könnten trotz der Kündigung nahtlos weitergehen. Das war komplett falsch, aber die versammelten „Spitzenkräfte“ haben es auch noch geglaubt.

ANDREAS OTTO, MDA  
OBMANN DER GRÜNEN FRAKTION IM  
UNTERSUCHUNGAUSSCHUSS BER

Selbst zwei Jahre nach dem geplanten Termin bleibt am BER noch vieles im Dunkeln.



Unser Fazit nach zwei Jahren Untersuchung des BER-Skandals und der Befragung von 30 Zeugnissen haben wir unter dem Titel „Das musste schiefgehen“ auf 70 Seiten zusammengefasst. Der Bericht kann unter [gruenlink.de/thm](http://gruenlink.de/thm) heruntergeladen oder bei der Fraktion bestellt werden.

## Hauptstadt-tourismus

# Berlin, Berlin – wir fahren nach Berlin

Berlin hat sich in den letzten 15 Jahren zum touristischen Hotspot entwickelt und belegt nach London und Paris inzwischen Platz drei der beliebtesten Städtereiseziele in Europa. Im vergangenen Jahr kamen über elf Millionen BesucherInnen aus dem In- und Ausland in unsere Stadt, rund 27 Millionen Übernachtungen wurden gezählt. Und dieser Trend reißt nicht ab. Das Image der Stadt in der Welt ist derzeit einmalig. Das merkt man nicht nur in Berlin selbst, sondern auch auf Reisen, wenn man verrät, wo man herkommt. Die Berliner Wirtschaft nutzt diesen Trend auch außerhalb der Tourismus-Industrie gut: Parallel zum TouristInnenboom haben sich Auslandsumsatz und Exportquote im verarbeitenden Gewerbe seit der Jahrtausendwende mehr als verdoppelt.

### Gute Gründe für Berlin-BesucherInnen

Für viele Menschen auf der Welt ist Berlin seit dem Mauerfall vor 25 Jahren das Symbol für Freiheit schlechthin. Und das Symbol für Weltoffenheit obendrauf – seit der einmaligen Stimmung bei der Fußballweltmeisterschaft 2006. Das Ergebnis ist: Jeder auf der Welt möchte ein Stück ab haben von diesem einzigartigen Berliner Lebensgefühl. Und ganz ehrlich, ich kann das verstehen!

Dennoch: wenn die geballte gute Laune aus aller Welt auf unsere idyllischen Kieze trifft, bleiben Konflikte nicht aus. Exemplarisch hierfür sind Kieze rund um die Falckensteinstrasse in Kreuzberg oder die Simon-Dach-Straße in Friedrichshain. Einst Adern eines bunten Kiezes, sind die Straßenzüge heute nächtlicher Treffpunkt junger Leute, die gerne bis in die frühen Morgenstunden laue Sommer-

nächte in einer der vielen Bars genießen. Für Gäste, die nur eine Nacht oder zwei Nächte feiern wollen, ist das wunderbar. Aber wer hier schon länger wohnt, fühlt sich – zu Recht – gestört.

Derlei Konflikte gibt es inzwischen an zahlreichen Orten Berlins und man wird sie – wenn man weiterhin vom Tourismus profitieren möchte – auch nie ganz verhindern können.

### Berliner Senat ohne Tourismuspolitik

Allerdings ist das Verhalten des Berliner Senats, faktisch keine Tourismuspolitik zu betreiben, mehr als unverantwortlich. Der Senat guckt freudig zu, klatscht bei neuen Rekordmeldungen in die Hände und später denjenigen auf die Hände, die sich kritisch äußern. Er sieht bewusst weg, wie aus einstmaligen attraktiven Straßenzügen mit bunter Gewerbestruktur reine Party- und Saufmeilen werden.

Nur sprechen inzwischen längst nicht mehr nur wir Grünen davon, dass Maßnahmen notwendig werden, um den Berlin-Tourismus verträglicher zu gestalten.

Zu unseren wichtigsten Forderungen gehören:

1. Berlin braucht ein Konzept für nachhaltigen Tourismus, das mehr qualitative Ziele setzt. Eines könnte beispielsweise sein, die Aufenthaltsdauer der Berlin-BesucherInnen zu verlängern – die liegt aktuell durchschnittlich bei 2,4 Übernachtungen. Um dies zu erreichen, könnte man die Bezirke besser integrieren, die bisher nicht im touristischen Standardprogramm stehen. Ganz nebenbei würde man aufgrund der lohnenswerteren An- und

Abreise die Ökobilanz der Berlin-BesucherInnen verbessern.

2. Auch dank unseres Engagements wurde Anfang dieses Jahres endlich die City-Tax eingeführt. Nur dürfen die Einnahmen daraus nicht ‚irgendwo im Haushalt‘ (= BER) verschwinden – die Tourismusakzeptanz würde deutlich steigen, wenn dieses Geld für die BerlinerInnen sichtbar und nutzbringend verwendet würde. Wir bleiben dabei: die Einnahmen der City-Tax gehören in die Kulturförderung, insbesondere die Freie Szene und in den Aufbau von bezirklichen Tourismus-Büros als Anlaufstelle vor Ort.

3. Die ungebremste Hotelentwicklung führt nicht nur zu neuen Konflikten in Wohngebieten, sondern bringt auch zahlreiche mittelständische und inhabergeführte Hotels und Pensionen in Bedrängnis. Der Senat muss eingreifen und einen



Trabis an der East-Side-Gallery. Nur zwei der unzähligen Berliner Attraktionen. Foto: M R/Shutterstock.com

### Berlin-Tourismus in Zahlen

Berlin ist immer mehr TouristInnen eine Reise wert. Von Januar bis März 2014 empfing Berlin 2,35 Millionen Gäste, das sind 2,8 Prozent mehr als im ersten Quartal 2013. Es gab 5,4 Millionen Übernachtungen (plus 3,1 Prozent). Dabei entfielen 3,1 Millionen Über-

nachtungen auf deutsche Gäste (Anteil 57,3 Prozent) und 2,3 Millionen auf Gäste aus dem Ausland (42,7 Prozent). Besonders hoch war der Zuwachs bei den Übernachtungen bei Gästen aus China (plus 24,5 Prozent) sowie den arabischen Staaten (plus 50,4 Prozent).

Quelle: Berlin Tourismus & Kongress GmbH

Hotelentwicklungsplan schaffen, der weitere Neuerrichtungen in Wohngebieten begrenzt oder mit Auflagen versieht, sich besser in das Wohnumfeld zu integrieren (siehe das Beispiel New York).

4. Lange überfällig ist ein Konzept für den Reisebusverkehr in der Stadt. Ob die Frage nach geeigneten Abstellplätzen, Lösungen für umfeldverträglichere Zu- und Abfahrten zu den Hotels, insbesondere in Wohngebieten, oder auch die Modernisierung und Erweiterung des Busbahnhofs am Funkturm – nichts davon ist gelöst und der Ärger bei den BerlinerInnen über den Wildwuchs steigert sich zu Recht.

5. Berlin muss seine führende Rolle als Kongress-Destination nutzen und Hauptstadt für „Green Meetings“ werden. Neben gezielter Förderung entsprechender VeranstalterInnen gehört auch dazu, endlich

eine Entscheidung zum ICC zu treffen, es zu sanieren und zu einem modernen Kongress- und Veranstaltungszentrum zu machen, das neue Standards setzt.

### Tourismus als Wirtschaftsfaktor

Ohne eine konsequente, nachhaltige und integrative Tourismus-Politik kann Berlin seine Beliebtheit schnell wieder verlieren. Und das wäre sehr schmerzhaft. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass der Tourismus einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren Berlins ist. Auch wenn so manche offizielle Zahl recht geschönt daher kommt: Ein erheblicher Teil des Umsatzes im Berliner Einzelhandel, die circa 200 000 Beschäftigten im Gastgewerbe und ein Kaufkraftzufluss von laut IBB-Berechnungen über zehn Milliarden Euro jährlich sind auf den Tourismus zurückzuführen. Davon profitieren schon jetzt viele BerlinerInnen.

### Die Herausforderung annehmen

Wir stehen wie kaum eine andere Partei für Weltoffenheit und Toleranz. Und auch das sind die steigenden TouristInnenzahlen: ein Ausdruck von Freiheit! Deswegen müssen wir aufpassen, dass unsere Kritik am Senat an seiner verfehlten oder – besser gesagt nicht vorhandenen – Tourismuspolitik nicht umschlägt in hektische Regelungswut oder Intoleranz gegenüber den Berlin-BesucherInnen.

Die Welt ist mobiler, wird es immer mehr. StadtplanerInnen werden weltweit noch einige Herausforderungen zu lösen haben. Diese Entwicklungen positiv zu begleiten und zu gestalten, mit den Berlinerinnen und Berlinern, das sehe ich als Aufgabe für uns Grüne in Berlin.

NICOLE LUDWIG, MDA  
SPRECHERIN FÜR WIRTSCHAFT,  
HAUSHALT UND TOURISMUS

## Die Grünen sind für die Nach-Wowereit-Ära gerüstet

# Halbzeit oder Neustart?

*Berlin boomt: Die deutsche Hauptstadt ist die Nummer eins bei den Start-Up-Unternehmen, die Zahl der Arbeitsplätze wächst, Weltoffenheit und Freiheit und das Lebensgefühl hier ziehen immer mehr Menschen in die Stadt. So charakterisieren die beiden grünen Fraktionsvorsitzenden Antje Kapek und Ramona Pop die Lage Berlins in der Broschüre „Natürlich grün: Ganz Berlin im Blick“. Die war, erschienen kurz vor Wowereits Rücktrittserklärung, eigentlich gedacht als Halbzeitbilanz der Abgeordnetenhausfraktion, zeigt jetzt aber vor allem: Auch für Neuwahlen sind die Grünen bestens gerüstet.*

Denn Berlin geht es auf vielen Gebieten gut nicht wegen, sondern trotz der Senatspolitik mit ihren verfehlten Großprojekten. Antje Kapek über erfolgreiche grüne Oppositionspolitik in Zahlen: „Zur Halbzeit haben wir bereits 18 Anträge durchgebracht. Hinzu kommt eine ganze Reihe, die von der Koalition zunächst abgelehnt, dann aber ein halbes Jahr später unter eigener Fahne mit unserem Wortlaut verabschiedet wurden.“

Einige Beispiele, wie die Grünen aus der Opposition heraus Stadtpolitik positiv gestalteten:

► Während immer mehr Wohnraum aus der Sozialbindung fällt, der SPD/CDU-Senat beim sozialen Wohnungsbau kaum etwas vorzuweisen hat, setzten die Grünen mit der Vorlage eines eigenen Gesetzesentwurfes zumindest ein Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum, beispielsweise als Ferienapartment, durch.

► In der Verkehrspolitik konnten die Grünen die geplante Mittelkürzung für den Radverkehr verhindern. Dazu entwickelte die Fraktion ein eigenes Konzept für ein Fahrradstraßennetz.

► Lange kämpften die Grünen für preisgünstigeres Wasser, Anfang 2014 wurde die Anordnung des Bundeskartellamtes gegen die überhöhten Wasserpreise rechtskräftig. Um die BürgerInnen weiter zu entlasten, legte die Fraktion daraufhin ihr Augenmerk auf eine Überprüfung der Abwasserkosten. Bereits zuvor hatten die Grünen gemeinsam mit dem Berliner Wassertisch durchgesetzt, dass nach einem Volksentscheid die Verträge der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe offengelegt werden mussten.

► Mit Anfragen, Anträgen und Vorschlägen schärfte die Grünen den öffentlichen Blick auf die vielfach fragwürdigen Zustände in den Berliner Zoos. Mit dem Personalwechsel in der Zooführung ist nun der Anfang für eine bessere Zootierhaltung gemacht. Auf grüne Initiative hin musste der Senat auch beim Hundegesetz nachbessern, manche BürgerInnen-Anregung aus dem Bello-Dialog übernehmen.

► Eine wichtige Weichenstellung gelang den Grünen schließlich auf dem Feld der Energiepolitik. Bereits 2009 verhinderten die Grünen in einem breiten Bündnis mit anderen Gruppen, dass Vattenfall und der Senat in Rummelsburg ein großes Kohlekraftwerk errichten. Zusammen mit dem Energietisch setzen die Grünen 2013 dann die Gründung eines Berliner Stadtwerkes durch.



► Nach dem Scheitern der Riesenrad-Pläne des Senats forderten die Grünen den Rückkauf des vorgesehenen Geländes. Das Abgeordnetenhaus folgte dem Vorschlag – und nun kann an dieser Stelle ein neuer Vernetzungsstandort für die Berliner Universitäten entstehen.

Doch trotz solcher für eine Oppositionspartei beachtlichen Erfolge gibt es keinen Grund, sich zufrieden zurückzulehnen. Denn auf zu vielen Gebieten gibt sich der rot-schwarze Senat als Blockierer, Verzögerer, Verhinderer, setzt die Große Koalition trotz ihrer Niederlage beim Tempelhof-Volksentscheid in der Stadtentwicklung weiter auf Betonpolitik.

### Berlin-Bilanz zum Download

Die 70 Seiten starke Broschüre „Natürlich grün: Ganz Berlin im Blick – Halbzeitbilanz 2011-2014“ ist Ende Juni erschienen. Interessierte können über das Internet bis zu fünf Exemplare kostenfrei beziehen – oder sie auch im PDF-Format herunterladen. Infos dazu auf der Webseite [www.gruene-fraktion-berlin.de/publikationen](http://www.gruene-fraktion-berlin.de/publikationen) oder direkt unter [gruenlink.de/th](http://gruenlink.de/th).

df

## Rücktritt Klaus Wowereit

# Die Probleme bleiben

*Da hatte er sie noch einmal, die volle Aufmerksamkeit der Medien. Bundesweit wurde ausführlich über die Ankündigung von Klaus Wowereit berichtet, im Dezember Platz für eine NachfolgerIn zu machen. Dieser Rücktritt kam vielleicht überraschend – zufällig war er nicht. Er ist eine logische Folge der Perspektivlosigkeit der SPD.*

Klaus Wowereit war der bisher letzte SPD-Ministerpräsident, der bundespolitische Ambitionen hegte, auch wenn diese schon eine Weile zurückliegen. Im Bund macht die SPD in der großen Koalition in den Umfragen keinen Boden gut. Zwar stellt die SPD in einer ganzen Reihe von Bundesländern die oder den MinisterpräsidentIn, aber nirgendwo ist eineR zu sehen, die oder der wie weiland Gerhard Schröder am Zaun des Kanzleramtes rütteln würde. Was immer man von seiner Art halten mag: Mit Klaus Wowereit verliert die SPD einen ihrer letzten Charaktertypen. Aber auch Berlin verliert einen Regierenden Bürgermeister, der zwar offensichtlich arbeitsmüde war, der aber in seinen besten Zeiten das Image der Stadt positiv geprägt hat.

### Neuwahlen

„Ich habe Respekt vor seiner Lebensleistung“, sagt auch Ramona Pop, grüne Fraktionsvorsitzende, „aber Wowereit hinterlässt auch ein schweres Erbe.“ Wie es in Berlin weitergehen soll, dürfe nicht allein von den Mitgliedern der SPD bestimmt werden. Alle Berlinerinnen und Berliner sollten die Chance bekommen, durch Neuwahlen über die künftige Politik des neuen Regierenden Bürgermeisters zu entscheiden.



### Politiklähmung

In Berlin hinterlässt Wowereit eine Koalition, die vor allem den Status Quo verwaltet. Daran wird sich so schnell nichts ändern. In den nächsten Monaten wird es weniger um den Weg Berlins zu einer nachhaltigen und weltoffenen Metropole gehen, sondern um Müller, Saleh oder Stöß. Die SPD droht mit ihrer eigenen Perspektivlosigkeit die ganze Stadt zu lähmen. Berlin wächst und verändert sich mit zunehmendem Tempo. Die Landespolitik hinkt dieser Dynamik immer weiter hinterher. Man denke nur an die steigenden Mieten und den knapper werdenden Wohnraum.

Die Politiklähmung kann Berlin teuer zu stehen kommen. Wer soll zum Beispiel Berlin in den Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich vertreten? „Die

### SPD entscheidet über Wowereits Nachfolge:

- 18. Oktober 2014  
Auszählung und Ergebnis des Mitgliedervotums
- 23. Oktober 2014  
Beginn der Stichwahl (falls kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht)
- 06. November 2014  
Auszählung und Ergebnis der Stichwahl
- 11. Dezember 2014  
Sitzung des Abgeordnetenhauses, Wahl des Regierenden Bürgermeisters

Stadt hat erst einmal niemanden, der auf Augenhöhe mit den anderen MinisterpräsidentInnen verhandeln könnte“, sagt Ramona Pop. Ungelöste Probleme gibt es viele: Das Trauerspiel Flughafen hat längst noch nicht seinen letzten Akt hinter sich gebracht. Dem öffentlichen Dienst der Stadt droht der Kollaps, weil es keine Personalentwicklung gibt, keine Qualifizierung der MitarbeiterInnen und keine Modernisierung und Reform der Verwaltung. Straßen, Bäder, Schulen – die gesamte Infrastruktur wird weiter auf Verschleiß gefahren. Und Berlin muss Menschen gegenüber Verantwortung übernehmen, die vor Krieg und Unterdrückung geflüchtet sind.

In dieser Zeit der Politiklähmung wird es für Grüne darauf ankommen, mit gezielten Initiativen und klaren Alternativen den groß-koalitionären Nebel etwas zu lichten.

Innensenator Henkel lenkt von seiner miserablen Bilanz ab

## Unnötige Grundrechtseingriffe

Am 30. August haben wieder 10 000 Menschen für „Freiheit statt Angst“ demonstriert. Was tut eigentlich der Senator, um in unserer weltoffenen Stadt die Freiheit aller zu schützen?

Die jährliche Polizeistatistik bringt es an den Tag: Die meisten Straftaten seit 2006 und zugleich die niedrigste Aufklärungsquote seit über zehn Jahren. Rechnet man die Fälle heraus, die nur aufgrund von Kontrollen aktenkundig werden („Kontrolldelikte“) und folgerichtig häufig aufgeklärt werden, werden gerade mal ein Drittel der Straftaten in unserer Stadt aufgeklärt.

### Personalnot und Überalterung

Die Polizei ächzt unter Personalnot und Überalterung. Allein bei der Zentralen Objektbewachung, beim Wachschutz, sind über 100 000 Überstunden aufgelaufen; es müssen dutzende Polizeibeamte aus den Direktionen abgezogen werden, um auszuweichen. Und Frank Henkel? Er versucht wacker, davon abzulenken. Aber nicht der Schutz von Flüchtlingsunterkünften oder ein überzogener Polizeieinsatz in Friedrichshain-Kreuzberg sind schuld am innenpolitischen Unvermögen. Es sind die mangelhafte Nachwuchsförderung, der Verschleiß der Infrastruktur an Gebäuden und Ausrüstung und die unzureichende Durchsetzungskraft des Senators im Blick auf eine wachsende Stadt, die zu dieser miserablen Bilanz führen.

Teil dieser Bilanz ist auch sein Umgang mit Flüchtlingen in dieser Stadt: gebrochene Versprechen, hartherzige Entscheidungen, gezielte Ignoranz. In der NSU-Aufarbeitung glänzt der Senator mit gepflegtem Desinteresse. Der Aufarbeitung der Aktschredderei



Christian Ströbele, MdB, und der ehemalige Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar auf der „Freiheit statt Angst“-Demo 2014  
Foto: Christian Kölling

beim Verfassungsschutz und den notwendigen Reformen beim V-Mann-Wesen begegnet er passiv bis destruktiv.

### Eingriff in die Freiheitsrechte

In den Boulevardmedien versucht Henkel nun, durch eine Reform des ASOG (Allg. Sicherheits- und Ordnungsgesetz) von dieser desaströsen Bilanz abzulenken. Drei der vier zu regelnden Fragen sind unspektakulär, auch wenn im Detail Zweifel vorhanden sind. Ein CDU-Innensenator kann – so scheint es – nicht ohne mindestens einen schwerwiegenden Eingriff in die Freiheitsrechte auskommen: Er will den sogenannten Unterbindungsgewahrsam von maximal zwei auf vier Tage ausweiten lassen.

Unterbindungsgewahrsam bedeutet, dass Personen, von denen nach Ansicht der Polizei Gefahr ausgeht, präventiv weggesperrt werden können. Bei bestimmten

Großereignissen wie dem 1. Mai oder bei Fußballspielen wird dieses Instrument genutzt. Wohlgemerkt: Die Betroffenen werden in ihrer Freiheit beschnitten, bevor sie eines Verbrechens beschuldigt werden. Ein solcher Eingriff in die Grundrechte muss sehr gut begründet werden – und hier tut sich die Berliner Polizei schon jetzt schwer. In den Jahren 2006-2013 wurden in fast einem Drittel der richterlich überprüften Fälle die Betroffenen zu Unrecht in Gewahrsam genommen. Auch ist dem Senat kein einziger Fall bekannt, bei dem in Gewahrsam genommene Menschen unmittelbar nach ihrer Entlassung eine Straftat begangen haben. Die Polizeivizepräsidentin sieht für die Verlängerung jedenfalls „keine Notwendigkeit“. Eine Verschärfung des Polizeirechts ohne Not und vor allem ohne Sicherheitsgewinn zeigt, dass es nur einer nötig hat: Innensenator Henkel.

BENEDIKT LUX, MDA  
SPRECHER FÜR INNENPOLITIK

„Freiheit statt Angst“ ist das Motto von Demonstrationen für Datenschutz und gegen ausufernde staatliche Überwachung, die seit 2006 in Deutschland und 2008 auch in mehreren Städten weltweit stattfinden. Koordiniert wurden die Veranstaltungen 2007 bis 2014 von dem Bürgerrechtszusammenschluss „Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung.“

vorratsdatenspeicherung.de

Starker Anstieg von Telefonüberwachungen in Berlin

## Der Staat hört mit

Immer häufiger heißt es in Berlin: Die Polizei hört mit beim Telefonieren. Im vergangenen Jahr wurden gut 1,82 Millionen Gespräche belauscht, im Vergleich zum Vorjahr 2012 ein Plus von elf Prozent. Seit 2006 hat sich die Zahl der abgehörten Telefongespräche nahezu verdoppelt. Die Kriminalität in der Hauptstadt hat im gleichen Zeitraum nicht ansatzweise so stark zugenommen. Das gilt insbesondere bei den am meisten überwachten Straftaten, den Drogendelikten. Auch der häufig zu hörende Erklärungsversuch, die Verdächtigen nutzten unzählige Handys, geht fehl. Denn die Gesamtanzahl der Telefonate erhöht sich durch die Nutzung mehrerer Handys nicht.

### Fehlende Sensibilität

Die rasante Zunahme zeigt, dass die Sensibilität im Umgang mit den Grundrechten offenbar bei Staatsanwaltschaft und Gerichten nicht immer ausreichend ausgeprägt ist. Jede Telefonüberwachung ist ein tiefer Eingriff in das durch Grundgesetz und Berliner Verfassung geschützte Telekommunikationsgeheimnis. Der Eingriff wiegt besonders schwer, weil nicht nur der Verdächtige, sondern auch der jeweilige Gesprächsteilnehmer betroffen ist. Ein Eingriff in dieses Grundrecht darf nur das letzte Mittel bleiben und das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen muss in jedem Einzelfall durch ein Gericht sorgfältig geprüft werden.

Wissenschaftliche Untersuchungen lassen an dieser Sorgfalt zweifeln. Das Max-Planck-Institut kam zu dem Ergebnis, dass es bei den richterlichen Anordnungen an Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Kontrolle fehlt. Große Defizite gibt es insbesondere bei den Begründungen und bei der häufig



Vieles aus George Orwells Utopie ist inzwischen Realität  
Foto: Christian Kölling

unterbleibenden Benachrichtigung der Betroffenen. Wenn nur ein Viertel der Beschuldigten und so gut wie keine der von ihnen Angerufenen von der Telefonüberwachung erfährt, dann greift das nachträgliche Kontrollsystem ins Leere.

Auch die Berliner Zahlen sprechen gegen eine kritische richterliche Prüfung: So wurde in den vergangenen vier Jahren bei insgesamt mehr als 6 500 bewilligten Überwachungsanordnungen kein einziger Antrag der Staatsanwaltschaft abgelehnt.

### Reformbedarf auf Bundesebene

Der fortwährende Anstieg der Telekommunikationsüberwachung – nicht nur in Berlin – zeigt den Reformbedarf auf Bundesebene. So wächst der Katalog der Straftaten, die im Verdachtsfall Anlass für eine Telefonüberwachung sein können, ständig an und umfasst inzwischen mehr als 100 Delikte:

von Mord und Totschlag über Betrug bis zur Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung. Er reicht weit über den Bereich der schweren Kriminalität hinaus. Die Telefonüberwachung hat sich schleichend und entgegen der gesetzlichen Intention zu einem Standardermittlungsmittel entwickelt.

Wir setzen uns für grundrechtssensible und zielgerichtete Strafermittlungen ein. Statt immer mehr zu überwachen, sollten Ermittlungskapazitäten auf jene Fälle konzentriert werden, die eine Telefonüberwachung tatsächlich unerlässlich erscheinen lassen. Das verringerte auch die Berliner Praxis, unzählige Stunden aufgezeichneter Telefonate mangels Personal unausgewertet liegen zu lassen. In allen anderen Fällen haben die Berlinerinnen und Berliner Anspruch auf eine überwachungsfreie Kommunikation – auch per Telefon.

DIRK BEHRENDT, MDA  
SPRECHER FÜR RECHTSPOLITIK

### Kontrolle in Zahlen

Im Jahr 2013 gab es insgesamt 2043 Anordnungen zur Überwachung von Telefonen (1 693 Erstanordnungen, 350 Folgeanordnungen). Die übergroße Mehrheit betraf Handygespräche (1900), 123 das Festnetz und 20 die Internetkommunikation. 2980 Anschlüsse wurden überwacht, 1 820 837 Gespräche mit angehört. Nicht ein Antrag auf Überwachung wurde abgelehnt. Drogendelikte, Mord/Totschlag und Bandenkriminalität waren am häufigsten Anlass der Überwachung.

Quelle: Drucksache 17/1769 des Abgeordnetenhauses ([gruenlink.de/tiv](http://gruenlink.de/tiv))

Senat hat Hausaufgaben zum neuen Schuljahr nur zum Teil erledigt

# Baustelle Bildung

Neues Schuljahr, alte Probleme. Der Senat hat seine Hausaufgaben zu Schuljahresbeginn nur bedingt erledigt. Insbesondere die Ausstattung mit qualifizierten Lehrkräften bleibt ein enormes Problem. Der großen Koalition fehlt ein vernünftiger Plan, um die Berliner Schulen und damit die Schülerinnen und Schüler im Bundesvergleich auf ein besseres Niveau zu bringen.

Ausreden bringen unsere Schulen nicht weiter. Es fehlt der unbedingte Wille, die Situation der Schulen unserer Kinder zu verbessern. Zahlreiche Baustellen bleiben im Schuljahr 2014/15 bestehen.

**Zehn Punkte, bei denen der Senat nachbessern muss:**

**1. Lehrkräfteausstattung:** Das Programm für QuereinsteigerInnen kann nur ein Anfang sein. In der Regel verfügen die QuereinsteigerInnen über keine pädagogische Vorbildung und können zu Beginn des Schuljahres nicht als gleichwertige Lehrkräfte eingesetzt werden. Es bleibt abzuwarten, wie viele der BewerberInnen im Laufe der

kommenden Monate abspringen, sobald sie mit der Schulleistungsrealität konfrontiert werden. Die reine Zahl der neuen Lehrkräfte ist Augenwischerei. Es gibt weiterhin enormen Bedarf in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) oder in Deutsch und Englisch. Im kommenden Jahr wird die Situation kaum besser werden. Denn der hohe Bedarf an Lehrkräften bleibt bestehen.

**2. Grundschulen:** Es hat sich in den vergangenen Wochen bei den Lehrkräfte-Castings gezeigt, dass die allermeisten BewerberInnen kein Interesse an der Arbeit im Grundschulbereich mitbringen. Es gilt, insbesondere männliche Lehrkräfte für diese Schulform zu begeistern. Das ist in der Vergangenheit nicht geschehen und wird weiter ein Problem sein. Es ist mehr als fraglich, ob mit den nun vorhandenen Lehrkräften der Stundenplan in den Grundschulen abgedeckt werden kann.

**3. Funktionsstellen:** Die vielfältigen Aufgaben bei der Leitung einer Schule können nur im Team bewältigt werden. Eigent-

lich sollten schon seit geraumer Zeit Funktionsstellen zur Entlastung der SchulleiterInnen geschaffen werden. Das ist jedoch nicht geschehen. Somit werden die Schulleitungen weiter von ihrer eigentlichen Arbeit abgelenkt, indem sie sich mit Verwaltungsaufgaben, Umbaumaßnahmen etc. beschäftigen müssen.

**4. Inklusion:** Es hilft allen, wenn Kinder mit besonderem Förderbedarf und Kinder ohne diesen Bedarf gemeinsam in die Schule gehen. Die Integration von Kindern mit unterschiedlichen Förderbedarfen in die Regelschule muss verantwortungsvoll zum Erfolg geführt werden. Schulgebäude müssen barrierefrei werden. Die Fortbildung für das pädagogische Personal sowie der Aufbau von Beratungs- und Unterstützungszentren müssen verstärkt werden. Die flächendeckende Inklusion funktioniert nicht ohne eine ausreichende Finanzierung.

**5. Baulicher Zustand:** Der Zustand vieler Schulgebäude bleibt weiterhin bedauernd. Weder verfügen die Bezirke über ausreichend Mittel, um die Mindeststandards der Klassenräume, Sanitäreinrichtung oder Schulsportanlagen zu garantieren, noch verfügen die Bauverwaltungen in den Bezirken über ausreichend Fachkräfte. Es fehlt ein Masterplan, der genau aufzeigt, wie der Sanierungstau in den kommenden Jahren abgebaut werden soll.

**6. HausmeisterInnen:** Viele bauliche Mängel würden erst gar nicht entstehen, wenn ausreichend HausmeisterInnen für kleinere Reparaturen vorhanden wären. Die Idee von Arbeitssenatorin Kolat, HausmeisterInnen aus der Gruppe von Langzeitarbeitslosen zu gewinnen, ist



Kinder üben den Umgang mit dem Computer.

weder inhaltlich durchdacht noch langfristig finanziert.

**7. Putz-Problematik:** Unsere Kinder haben das Recht, in sauberen Schulen unterrichtet zu werden. Kompromisse sind hier fehl am Platz. Bildungsstaatssekretär Mark Rackles hat es sich zu leicht gemacht, als er den Runden Tisch zum Thema Putz-Problematik für beendet erklärt hat. Es bringt weder den SchülerInnen noch den SchulleiterInnen oder Eltern etwas, wenn man die mangelhafte Systematik bei der Ausschreibung den Bezirken ankreidet oder gar von „falschem Nutzerverhalten“ spricht – und damit den Schwarzen Peter den SchülerInnen zuschiebt. Kompromisse sind hier völlig fehl am Platz.

**8. Integrierte Sekundarschulen (ISS) und gymnasiale Oberstufe:** Es ist ein Skandal, wenn Bildungskarrieren daran scheitern, dass der Übergang von der ISS zur gymnasialen Oberstufe dilettantisch vorbereitet ist. So gibt es etwa im von zahlreichen MigrantInnen bewohnten Kreuzberg nach wie vor keine

ISS mit integrierter gymnasialer Oberstufe. Auch der Übergang zu den Oberstufenzentren ist nicht organisiert. Kooperationen zwischen ISS und Oberstufenzentren gibt es in der Regel nur auf dem Papier. Deshalb ist der Wechsel für viele SchülerInnen und deren Eltern keine Option.

**9. Anti-Diskriminierung:** Berlin und insbesondere die Wirtschaft sollten daran interessiert sein, insbesondere migrantische Jugendliche bei der schulischen Bildung stärker zu unterstützen. Aber ihnen fehlt an vielen Schulen die Möglichkeit, ihre Muttersprache (Türkisch, Arabisch etc.) weiterhin zu lernen und die Kenntnisse zu vertiefen. Es darf auf keinen Fall der Eindruck bestehen bleiben, migrantische Jugendliche könnten aufgrund ihrer Herkunft per se weniger als deutsche Jugendliche. Leider ist es oftmals so, dass ihnen dies vermittelt wird.

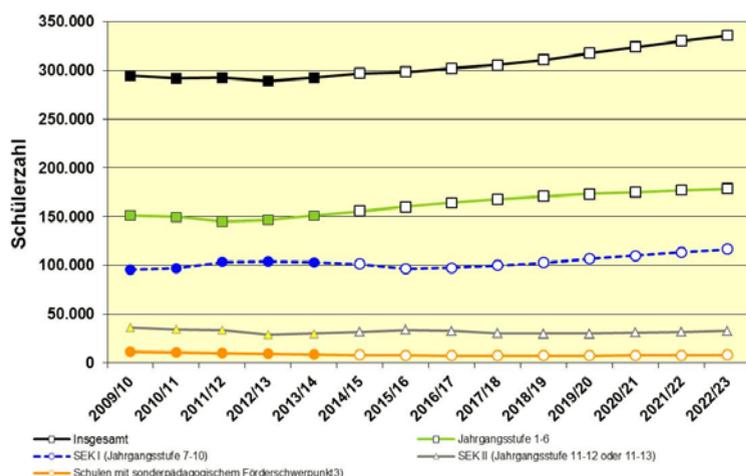
**10. Digitalisierung der Schulen:** Das mit viel Geld ausgestattete Projekt eGovernment@school wurde im Elternpo gegen die Wand gefahren.

Selbst der Rechnungshof spricht von schweren Versäumnissen und Fehlern. So fehlen den Schulen nötige Anschlüsse für die Hardware oder wichtige Programme funktionieren nicht. Ob die versprochene Digitalisierung der Berliner Schulen kommt, steht in den Sternen.

Niemand, weder SchülerInnen, Lehrkräfte, Eltern noch politisch Verantwortliche können zufrieden damit sein, dass Berlin mit seinen Schulen im nationalen Vergleich die rote Laterne trägt. Es muss ein gemeinsames Ziel aller Beteiligten sein, Berlin zur Bildungshauptstadt zu machen und die dafür notwendigen Sach- und Personalressourcen zur Verfügung zu stellen. Am Engagement der SchülerInnen, der Schulleitungen und Eltern kann nicht gezweifelt werden. Was fehlt, ist der unbedingte Wille des Senats, diesen Weg zu gestalten.

STEFANIE REMLINGER, MDA  
STELLVERTRETENDE FRAKTIONS-VORSITZENDE  
UND SPRECHERIN FÜR BILDUNGSPOLITIK, BERUFLICHE BILDUNG UND HAUSHALTPOLITIK

Modellrechnung zur Entwicklung der Schülerzahlen in öffentlichen allgemein bildenden Schulen in Berlin



Die Berliner Schule leistet im allgemein bildenden Bereich einschließlich dem Zweiten Bildungsweg mit circa 23 900 Lehrkräften einen wöchentlichen Unterrichtseinsatz von 500 000 Unterrichtsstunden. Der Unterrichtsausfall des Schuljahres 2012/2013 betrug 2,1 Prozent aller zu erteilenden Unterrichtsstunden,

wobei der Ausfall sich sehr unterschiedlich auf die verschiedenen Schulen verteilt. Berlin hat im Primarbereich 16,3 Schüler pro Lehrkraft (Bundesdurchschnitt 16,6) und im Sekundarbereich 12,7 (Bundesgebiet 14,3)

Quelle: Blickpunkt Schule, Schuljahr 2013/2014, Senatsverwaltung

## Grünes Kino in Reinickendorf

# Film und Politik

Seit April 2014 bieten wir in loser Reihenfolge Film-Abende mit anschließender Diskussion in unserer Kreisgeschäftsstelle in Tegel an. Bevor es mit den „Grünen Kino“ los ging, mussten eine Reihe von Fragen geklärt werden: Welche rechtlichen Fragen müssen beachtet werden? Welche technischen Voraussetzungen müssen erfüllt sein? Wer würde für Planung, Koordinierung, Werbung und Durchführung verantwortlich sein? Und vor allem: Würde sich der Aufwand überhaupt lohnen – sprich: Würden wir genug Leute erreichen, vor allem jene, die wir sonst nicht erreichen?

Zum Start hatten wir gleich ein volles Haus: „Land in Sicht“ hieß der Premierenfilm, in dem der Alltag von drei Flüchtlingen in einem brandenburgischen Dorf gezeigt wird. Judith Keil, eine der

Regisseurinnen, und Canan Bayram, MdA, kamen als Gäste und sorgten nach dem Film für eine lebhaftige Diskussion.

Auch im zweiten Film ging es um das Thema Flüchtlinge: „Revision“ zeichnet das Schicksal zweier rumänischer Flüchtlinge nach, die an der deutsch-polnischen Grenze erschossen wurden. Bei diesen wie auch bei den folgenden Filmen – im Juni zeigten wir „Joschka und Herr Fischer“ sowie im September den Film „Mietrebellen“ – wurden wir von namhaften Gästen unterstützt, die für spannende Diskussionen sorgten.

Die Zwischenbilanz fällt durchweg positiv aus. Vielleicht gelingt es uns, das Grüne Kino fest in Reinickendorf zu verankern und somit thematische Anregungen im Bezirk zu geben.

MATHIAS ADELHOEFER  
KV-REINICKENDORF

## Projekt „Flussbad Berlin“

# Natürliches Schwimmbad in der historischen Mitte

Mit dem Projekt „Flussbad Berlin“ schlagen wir vor, den heute weitgehend ungenutzten Spreekanal, den sogenannten Kupfergraben, entlang der Museumsinsel umzubauen. Zwischen Bode Museum und dem Auswärtigen Amt soll im unteren Lauf des Kanals ein 740 Meter langes natürliches Schwimmbad entstehen. Das Spreewasser wollen wir mit Hilfe einer natürlichen Pflanzenkläranlage auf Badegewässerqualität bringen. Den oberen Abschnitt des Kanals an der Fischerinsel wollen wir renaturieren und so in der kanalisiertem Flusslandschaft der Spree ein dringend benötigtes Trittsteinbiotop schaffen, das die Migration von Tieren und Pflanzen erleichtert.

Als wir diese Idee 1998 erstmalig veröffentlichten, wurde sie größtenteils als „sympathische Utopie“ abgetan. Heute, 15 Jahre später, hat sich die Situation geändert: Wir haben positive Signale vom Senat und aus der Politik, aber auch in der Bevölkerung und in den Medien stößt die Projektidee auf großes Interesse. Zum einen durch den Gewinn des Holcim Award for Sustainable Construction 2011 Gold (europaweit) und 2012 (Bronze in der weltweiten Bewertung). Zum anderen ist die Bedeutung der Spree als Lebensader für die Entwicklung der Stadt in den vergangenen 15 Jahren stärker ins Bewusstsein der BerlinerInnen gerückt: Berlin scheint bereit zu sein für diesen



Schwimmen im Spreekanal  
Bild: Flussbad Berlin

städtischen Transformationsprozess, weil immer mehr Menschen den unmittelbaren Nutzen des Flusses in seiner regenerativen Wirkung für Mensch und Natur – und nicht mehr nur als Schifffahrtsstraße – erkennen.

## Sexuelle Selbstbestimmung

# Tausend Kreuze in die Spree

Bei dem sogenannten „Marsch für das Leben“ in Berlin demonstrieren jährlich immer mehr Menschen für ein Abtreibungsverbot und gegen das Selbstbestimmungsrecht von Frauen.

Es sind vor allem evangelikale Gruppen, die diese Demonstration organisieren und bewerben, aber unterstützt werden sie dabei von ganz oben – und damit ist keine überirdische Macht gemeint, sondern Grußworte von Bundesminister\*innen und anderen Unionspolitiker\*innen sowie Kirchenoberen. Dieser Marsch für Intoleranz wurde beispielsweise 2010 von der katholischen Kirche organisatorisch unterstützt.

Wir dürfen diesen Angriff auf Frauen\*rechte nicht ignorieren. Die selbsternannten „Lebensschützer\*innen“ versuchen, auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen Einfluss zu nehmen, zuletzt durch die

europäische Petition „One of Us“, die europaweit fast zwei Millionen Unterschriften sammelte. Die Petition richtet sich unter anderem gegen die EU-Förderung von Entwicklungshilfe-Projekten, die auch Hilfe bei Schwangerschaftsabbrüchen beinhalten. Neu und besonders besorgniserregend ist der politische Einfluss durch das Erstarken der AfD. Zum sogenannten Bündnis für das Leben gehört beispielsweise Beatrix von Storchs „Zivile Koalition“, welche wiederum den deutschen Teil der „One of Us“-Petition organisierte.

Allen Menschen steht es frei, Schwangerschaftsabbrüche für sich selbst auszuschließen, ob aus religiösen oder anderen Motiven heraus. Es ist jedoch unerträglich, wenn sie anderen Frauen dieses Recht absprechen wollen. Besonders abscheulich finden wir, dass Teile dieser Bewegung mit Begriffen wie „Babyholocaust“ agitieren. Dass die

großen Kirchen solche Demonstrationen unterstützen, ist mehr als fragwürdig. Anderen ihre religiösen Moralvorstellungen über Gesetzesänderungen aufzwingen zu wollen – damit sind wir nicht einverstanden. Wir stehen zur Entscheidungsfreiheit!

Wir unterstützen deshalb das „Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung“, das die bunte

## Rhetorikseminar für Frauen

# Wir müssen reden

Bei uns Bündnisgrünen sind viele redegewandte Frauen aktiv, das steht außer Frage. Dennoch kann etwas Übung nicht schaden, um dem dominanten Redeverhalten mancher Männer Einhalt zu gebieten und weiblichen Aktiven den Mut zu geben, sich noch öfter in Diskussionen einzumischen. Die rhetorische Balance der Geschlechter tut jeder Diskussion gut und macht unsere politische Arbeit erfolgreicher.

Gegenveranstaltung organisiert und fordern alle Bündnisgrünen dazu auf, sich uns anzuschließen und sich diesem erzkonservativen Roll-Back bestimmt entgegen zu stellen. Frauen\*rechte wurden vor allem von uns hart erkämpft – nun ist es an der Zeit, sie gemeinsam zu verteidigen!

STEFANIE KLANK, FRIEDRIKE SCHWEBLER  
SPRECHERINNEN DER  
LAG FRAUEN- & GESCHLECHTERPOLITIK

Lust mitzumachen? E-Mail an:  
sascha.bachmann@  
gruene-lichtenberg.de

## Kontakt

Flussbad Berlin e.V.  
Falckensteinstr. 48  
10997 Berlin  
Tel. +49 30/20 64 66-32

info@flussbad-berlin.de  
www.flussbad-berlin.de

Flussbad mögen:  
www.facebook.com/  
flussbadberlin

## Spendenkonto:

GLS Bank, IBAN: DE62 4306  
0967 1143 2159 00  
BIC: GENODEM1GLS

BLZ: 43060967  
Konto 1143215900

Und wenn man sich über die vergangenen Jahrhunderte die wechselnde Nutzung des Flusses zwischen Fischfang, Verteidigung, Energiegewinnung und Schifffahrt anschaut, scheint diese pragmatische, an den Zeichen der Zeit orientierte Neuinterpretation der Ressource Fluss „typisch Berlin“ zu sein.

Damit das Flussbad nicht bei einem Projekt für Berlin bleibt, sondern zu einem der BerlinerInnen wird, haben wir den gemeinnützigen Verein „Flussbad Berlin“ gegründet. Hier sind alle eingeladen, sich für die Idee, ihre Verbreitung und die Verwirklichung stark zu machen. Mitmachen!

FLUSSBAD BERLIN E.V.

# Dr. Joachim Eul



Foto: Susanne Winter/Hanfjournal

Joachim war ein Hanfaktivist der ersten Stunde und setzte sich bereits in den 1980er Jahren für eine andere Drogenpolitik ein. Er war seit 1991 Mitglied bei den Grünen und tritt mit der LAG Drogen für ein Umdenken in der

Drogenpolitik. Als Delegierter war er in verschiedenen Parteigremien aktiv und er war vier Jahre lang Sprecher der LAG Gentechnik. Nach langer Krankheit ist Joachim im September gestorben.

## Deutsches Herzzentrum

## Manipulationsverdacht

Organspenden und Organvergabe sind höchst sensible Themen. Mögliche Manipulationen bei der Organvergabe im Deutschen Herzzentrum haben die Diskussion wieder entfacht. Das Deutsche Herzzentrum hatte Selbstanzeige gestellt wegen des Verdachts, der Gesundheitszustand von Patientinnen und Patienten könnte manipuliert worden sein, um ihnen einen besseren Platz in der bundesweiten Warteliste für Organspenden zu verschaffen.

Der Manipulationsverdacht muss lückenlos aufgeklärt und Konsequenzen müssen gezogen werden. Es ist ein gutes Zeichen, dass sich das Herzzentrum



Transplantationsmediziner bei ihrer lebensrettenden Arbeit.  
Foto: Doctorqmd/CC BY-SA 2.0

Die „Berliner Erklärung Organspende“ findet man u.a. auf [gruene-fraktion-berlin.de](http://gruene-fraktion-berlin.de)

selbst an die Staatsanwaltschaft gewandt hat. Ein wichtiger Schritt Richtung Aufklärung.

Die Skandale der vergangenen Jahre haben potenzielle Spenderinnen und Spender

verängstigt und ihr Vertrauen erschüttert. Infolgedessen geht die Spendebereitschaft zurück. Darum muss die Arbeit der Prüfkommision zur Kontrolle von Organtransplantationszentren weiterentwickelt werden, weil sie ein wichtiger Baustein für bessere Kontrolle ist.

Das Vertrauen in die Transplantationsmedizin kann nur zurückgewonnen werden, wenn Manipulationen restlos aufgedeckt werden. Grundsätzlich gilt: Beim Thema Organspende spielt Transparenz die entscheidende Rolle. Nur Transparenz kann das verlorene Vertrauen in das System Organspende wieder

## Ein Lobbyregister für Berlin

## Hat wer was zu verbergen?

Der Einfluss von LobbyistInnen auf politische Entscheidungen hat zugenommen. Mit ganzen Stäben von hochqualifizierten Fachleuten ausgestattet, gewinnen VertreterInnen von Einzelinteressen mehr und mehr Einfluss auf Gesetzgebungsverfahren und Entscheidungsprozesse in Parlament und Regierung. Die zunehmende Verflechtung von politischen und ökonomischen Eliten untergräbt die Neutralität der Regierungsorgane und leistet einer Entmündigung der Parlamente Vorschub.

Die Vertretung von Interessen gegenüber Gesetzgebung und Verwaltung ist in einer Demokratie ein legitimes Anliegen. Nicht die Tätigkeit der einzelnen Lobbyisten ist es, die ihr Handeln in Misskredit bringt. Sondern die Ungewissheit, welchen Einflüssen, Einflüsterungen und Verlockungen die Abgeordneten und die VerwaltungsmitarbeiterIn-

nen unterliegen und ob sich die Einflüsse auf deren Denken, Handeln und Abstimmen auswirken.

## Transparenz gegen den bösen Schein

Deshalb sollte nach dem Vorbild Brandenburgs auch auf Berliner Landesebene ein verbindliches Lobbyregister eingeführt werden. Denn gegen den bösen Schein hilft nur die größtmög-

Nur die ersten sechs von derzeit 4478 akkreditierten Personen mit Zugang zum Europäischen Parlament.  
Foto: Kalle Erlacher

Antrag „Transparenz bei Lobbyarbeit – Ein öffentlich einsehbares Lobbyregister für Berlin“, Drucksache 17/0027 [gruenlink.de/thd](http://gruenlink.de/thd)

liche Transparenz. Das Register sollte für das Abgeordnetenhaus und den Senat gleichermaßen gelten. Die Eintragung in das Register sollte für LobbyistInnen verpflichtend sein. Die hinter den Lobbyistinnen und Lobbyisten stehenden Unternehmen und Vereinigungen sollen Angaben zu ihren finanziellen Mitteln machen, die sie in die Interessenvertretung investieren.

PERSONEN, die mit dem Buchstaben A beginnen: 151	ORGANISATION
Arguardi Helle Postorg	Médecins Sans Frontières
National Austria	Danish Teacher Trade Unions
ADAC VENTOSOL Aurora	Comité Européen des Entreprises Vins
National Austria	Corex Comunicación e Imagen, S.L.
National Sanchez de Medina Almudena	Copenhagen Initiative for Central America and Mexico
ASSOCIATION VUL ERO	Italian National Agency on New Technologies, the Energy

bringen – das hilft besser als jede Öffentlichkeitskampagne.

Es bedarf weiterer ernst gemeinter Reformen in Sachen Organspende. Dazu muss auch Berlin einen Beitrag leisten. Darum haben wir die „Berliner Erklärung Organspende“ initiiert, die VertreterInnen aus Medizin, Forschung, Politik und Verbänden unterzeichnet haben. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dass die Abläufe der Organvergabe, -spende und -transplantation in Berlin transparenter und wieder vertrauenswürdig werden. Gerade jetzt müssen wir dieses Ziel umso engagierter verfolgen.

HEIKO THOMAS, MDA  
SPRECHER FÜR GESUNDHEITSPOLITIK

Die Einführung soll durch einen Verhaltenskodex für LobbyistInnen konkretisiert werden. Lobbyistinnen und Lobbyisten sollen sich nicht auf unlautere Weise Informationen von Exekutive und Legislative beschaffen und Beamte nicht zu rechtswidrigem Verhalten verleiten.

Während es in der vergangenen Legislaturperiode gelang, sich darauf zu verständigen, dass der Senat kenntlich machen muss, wenn er externe Expertise in die Gesetzentwürfe einfließen lässt („Footprint“), lehnte die rot-schwarze Koalition das von unserer Abgeordnetenhausfraktion beantragte Lobbyregister ab. Weshalb nur, wo doch die FDP nicht mehr dem Abgeordnetenhaus angehört?

DIRK BEHRENDT, MDA  
RECHTSPOLITISCHER SPRECHER

## Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“

## Damit es endlich vorangeht

Spätestens seit sich im November 2013 rund 600 000 Berlinerinnen und Berliner per Volksentscheid für die Gründung eines starken Stadtwerks und eine alternative Energiepolitik ausgesprochen haben, ist klar, dass sehr viele Menschen in der Stadt der Klimapolitik des Berliner Senats nicht mehr vertrauen.

Zwar konnte der Senat nur 17 Prozent der Berliner für ein „Nein“ gewinnen, doch dem Volksentscheid fehlten 30 000 Stimmen, um das nötige Quorum zu erreichen. Kurz vor der Abstimmung hatten SPD und CDU die Errichtung eines Stadtwerks beschlossen, um die Leute von den Wahlurnen fernzuhalten. Doch jetzt ist klar: Dieses Stadtwerk soll aus gerade mal sechs Windrädern bestehen. Der Senat selbst räumt ein: So kommt der Klimaschutz nicht im nötigen Tempo voran. Auch in den energiepolitisch wichtigen Vergabeverfahren der Gas- und Stromnetzkonzessionen agiert der Senat ohne Konzept und heillos zerstritten.

Berlin kann sich diese Lethargie in der Klimapolitik nicht leisten und wir Grüne stehen zu unserem Ziel, Berlin durch eine nachhaltige Energiepolitik zum Vorreiter in Sachen Klimaschutz zu machen.

Durch unsere Initiative hat deshalb das Abgeordnetenhaus im Sommer 2014 die Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin – Zukunft der energiewirtschaftlichen Strukturen“ eingesetzt, die externe Sachverständige einbindet und auf die Kraft der Vernunft setzt. Fraktionenübergreifend kommen wir zusammen, laden ExpertInnen und PraktikerInnen zu uns ein und finden so hoffentlich konsensfähige energiepolitische Antworten – etwa für ein Stadtwerk, das



Die bisher einzige Berliner Windkraftanlage steht in Pankow.

Foto: Mazbln/  
CC BY-SA 2.0

seinen Namen verdient. Oder für die energetische und sozial verträgliche Sanierung öffentlicher und privater Gebäude, die unbedingt angepackt werden muss. Denn die Beseitigung des Sanierungsstaus im Gebäudebestand dient nicht nur nachhaltig dem Klimaschutz, sie senkt auch die Energiekosten des hochverschuldeten Landes, schafft Arbeitsplätze im Handwerk und bremst spürbar die Mietnebenkosten.

MICHAEL SCHÄFER, MDA  
SPRECHER FÜR ENERGIEPOLITIK

## Wechsel in der Fraktion

Martin Beck hat die Fraktion verlassen und ist seit dem 1. September 2014 neuer Vorstandsvorsitzender im Humanistischen Verband Deutschlands, Landesverband Berlin-Brandenburg. Er war Sprecher für Soziales, bürgerschaftliches Engagement und Sport der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus und er war Vorsitzender des 2013 gegründeten Ausschusses Bürgerschaftliches Engagement.



Nachgerückt ist Notker Schweikhardt. Der 53-jährige Bühnenbildner wird für die Fraktion als Sprecher für Kultur- und Kreativwirtschaft tätig sein. Schweikhardt arbeitete bislang als Referent für Kulturpolitik in der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

## Olympia in Berlin?

## 13 Fragen – zu wenig Antworten

Der Noch-Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit rührt kräftig die Werbetrommel für olympische Spiele in Berlin. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) wollte es etwas genauer wissen und hat Berlin und Hamburg einen Katalog mit 13 Fragen geschickt: Wo und wie wollt Ihr die Spiele stattfinden lassen? Wie nachhaltig ist Euer Konzept? Wie finanziert Ihr das Ganze? Und vor allem: Wie stehen Politik und Bevölkerung zu der Idee? Denn eines will der DOSB nicht: Sich nach der Abstimmungsschlapp in München – wo ein Volksbegehren die Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2022 gekippt hatte – noch einmal auf der Verliererseite sehen.



Illustration: Kalle Erlacher

Manche Vorschläge des Berliner Senats finden durchaus Anerkennung: Das dezentrale Wettkampf- und Trainingsstättenkonzept und die Idee temporärer Wettkampfstätten sind beide richtig. Viel zu dürftig

sind die Antworten im Bereich Finanzierung und Beteiligung der Bürger\*innen. Woher die zwei Milliarden Euro allein für Sportstätten und Infrastruktur (ohne Olympisches Dorf, ÖPNV und anderes) kommen sollen, ist völlig unklar. Dabei brauchen die Berliner\*innen ein detailliertes Finanzkonzept, um entscheiden zu können, ob sie Olympische Spiele in der Stadt wollen.

Bürger\*innenbeteiligung darf nicht heißen: Abstimmung über fertige Konzepte. Sondern: Einbeziehung aller Interessierten schon bei Planung und Gestaltung und natürlich eine verbindliche Befragung aller Berliner\*innen – unabhängig vom deutschen Pass. Darüber hinaus tut der Senat so, als ob

## Der City Cube ist nur eine Übergangslösung

## Zukunft des ICC ungewiss



Dass Sanierungsbedarf am ICC besteht, ist lange bekannt. Wie es weitergeht, steht aber in den Sternen  
Foto: Taxiarchos228/  
Free Art License 1.1

Auf dem Gelände der ehemaligen Deutschlandhalle hat im April dieses Jahres der City Cube eröffnet. Mit nur vier Monaten Bauverzögerung und einer Kostenüberschreitung im einstelligen Millionenbereich für Berliner Verhältnisse durchaus „im Plan“.

Nicht im Plan hingegen ist die Sanierung des ICC. Es gibt kein Geld dafür im Landeshaushalt und ein Senatsbeschluss ist nicht in Aussicht. Nur eins wurde beschlossen: nicht mehr als 200 Millionen Euro für die Sanierung auszugeben. Dabei beziffern Gutachten die Sanierungskosten

auf mindestens 320 Millionen Euro! Wirtschaftsministerin Yzer sucht nun einen Investor, der die Differenz trägt und plädiert für ein Einkaufszentrum – doch warum sollte Berlin 200 Millionen Euro in die Hand nehmen, damit ein weiteres Einkaufszentrum die Stadtautobahn ziert?

Ungelöst bliebe dabei auch die Frage: Wo sollen große Kongresse künftig stattfinden? Der City Cube ist eine Übergangslösung, fasst in einem Raum nicht mehr als 5 000 Personen und soll nach Sanierung des ICC als Messehalle dienen. Leider hat die Messe Berlin selbst nicht viel Engagement gezeigt hinsichtlich der weiteren Entwicklung des ICC. Ein großer Teil der notwendigen Sanierung lässt sich auf mangelnde Instandhaltung zurückführen, für die die Messe Berlin verantwortlich war.

## Berliner Verwaltung droht Personalmangel

## Öffentliches Verwirrspiel



Gerade in den Bezirken sind viele notwendige Positionen unbesetzt.

sich alle Fraktionen im Abgeordnetenhaus – außer der Fraktion der Linken – glücklich und heiter in eine Olympiabewerbung begeben wollten. Dabei sind wir Grünen sehr kritisch: Transparenz aller Verträge, Einbeziehung der Zivilgesellschaft, ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit und eine solide Finanzierung sind Leitmotive unserer Forderungen.

Kaum Einfluss haben wir auf die Reformwilligkeit des IOC. Ohne einen klaren Beschluss des IOC zu mehr Transparenz und eine deutliche Reform darf es keine Bewerbung Berlins für Olympia geben.

ANJA SCHILLHANECK, MDA  
SPRECHERIN FÜR WISSENSCHAFT, SPORT,  
EUROPA- UND BUNDESANGELEGENHEITEN

Diese aber hat ihre Überschüsse lieber in den City Cube und den Neubau in Selchow gesteckt.

Der Kongress-Tourismus ist ein wichtiges Standbein des Tourismus in Berlin insgesamt und sorgt für einen Kaufkraftzufluss von über zwei Milliarden Euro jährlich. Einen großen Anteil an diesem Erfolg hat das ICC. Berlin braucht ein starkes, leistungsfähiges Kongresszentrum, um seine Spitzenposition in Deutschland und Europa weiter zu behaupten. Das ICC ist dafür als Marke international aufgebaut, diesen Vorteil darf der Senat nicht verspielen und muss daher umgehend mit der Sanierung des ICC zu einem modernen und zukunftsfähigen Kongresszentrum beginnen!

NICOLE LUDWIG, MDA  
SPRECHERIN FÜR WIRTSCHAFT,  
HAUSHALT UND TOURISMUS

Das ICC Berlin ist eines der größten Kongresshäuser der Welt. Das 320 Meter lange, 80 Meter breite und 40 Meter hohe Gebäude wurde nach vier Jahren Bauzeit am 2. April 1979 eröffnet. Es kostete über 924 Millionen Mark (inflationbereinigt: rund eine Milliarde Euro). Das Gebäude ist sanierungsbedürftig, u.a. wegen des damals verbauten Asbests. Eigentümer ist das Land Berlin, Betreiberin die Messe Berlin GmbH.

Die Zeitungen sind voll von den Forderungen der SPD-Bürgermeisterkandidaten nach mehr Personal, insbesondere für die Bezirke. So richtig diese Forderung ist – der erhebliche Bevölkerungszuwachs geht an der Verwaltung nicht spurlos vorbei –, so sehr scheint es sich mehr um einen SPD-internen Wahlkampf, als um reale Politik zu handeln.

Denn gleichzeitig erklärt Finanzsenator Nussbaum in der Morgenpost: „Wir werden nicht pauschal mehr Personal einstellen, weil manche Bezirksbürgermeister meinen, sie müssen ihre Arbeit nicht machen“. Klappe zu und Ende der Debatte. Was der Senator geflissentlich verschweigt: Die Zahl der Beschäftigten in den Hauptverwaltungen ist zwischen Januar 2013 und Januar 2014 um 125 Personen gestiegen, während sie in den Bezirken im gleichen Zeitraum um 937 Personen sank.

Schon in wenigen Jahren wird der öffentliche Dienst ein erhebliches Problem haben, die freien Stellen überhaupt besetzen zu können. Statt sich in endlosen Kämpfen um einige Stellen mehr oder weniger zu verlieren müssten sich alle Verwaltungen darauf konzentrieren:

- die über 1 000 zurzeit offenen Stellen zügig zu besetzen,
- eine Führungsqualität aufzubauen, die motivierend ist und dazu beiträgt, den Krankenstand von durchschnittlich zehn Prozent deutlich zu reduzieren.
- in Verhandlungen mit den Gewerkschaften zu einem Stellenbewertungsmodell zu kommen, das den öffentlichen Dienst wieder konkurrenzfähig macht

Der weitere Personalabbau muss ausgesetzt. Und es sollte für jede Verwaltung flexible zusätzliche Personalmittel geben, für längere Krankheitsvertretungen, für zeitlich befristete Projekte, für Sonderaufgaben und so weiter. Diese Mittel könnten die Fachverwaltungen unbürokratisch verwalten und vergeben. Damit kann zwar nicht die Funktionsfähigkeit der Verwaltung gesichert werden, dafür sind feste Planstellen vonnöten. Aber vieles, was heute einfach unter den Tisch fällt, könnte wieder möglich werden, neue Arbeitsstrukturen können erprobt werden. Das sollten wir in Berlin einmal probieren. Für ein solches Modell könnte man in Berlin auch die Gewerkschaften und Personalräte begeistern.

OLIVER SCHRUFFENGER, MDA

# Lokale Ansprechpartner

## Reinickendorf

Brunowstr. 49, 13507 Berlin  
Tel.: 80926899 – Fax: 902942191  
[kreisverband@gruene-reinickendorf.de](mailto:kreisverband@gruene-reinickendorf.de)  
[www.gruene-reinickendorf.de](http://www.gruene-reinickendorf.de)

## Pankow

Pappelallee 82, 10437 Berlin  
Tel.: 50180339  
[buero@gruene-pankow.de](mailto:buero@gruene-pankow.de)  
[www.gruene-pankow.de](http://www.gruene-pankow.de)

## Landesgeschäftsstelle

Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin  
Tel.: 615005-0 – Fax: 615005-99  
Mo-Do 10:00-17:00, Fr 10:00-14:00  
[info@gruene-berlin.de](mailto:info@gruene-berlin.de)  
[www.gruene-berlin.de](http://www.gruene-berlin.de)

## Mitte

Malplaquetstr. 7, 13347 Berlin  
Tel.: 54468299  
[mitte@gruene-berlin.de](mailto:mitte@gruene-berlin.de)  
[www.gruene-mitte.de](http://www.gruene-mitte.de)

## Spandau

Jagowstr. 15, 13585 Berlin  
Tel.: 3359714 – Fax: 3360273  
[alspandau@freenet.de](mailto:alspandau@freenet.de)  
[www.alspandau.de](http://www.alspandau.de)

## Charlottenburg-Wilmersdorf

Wilmersdorfer Str. 60/61  
10627 Berlin  
Tel.: 86423300 – Fax: 31808128  
[kv@gruene-cw.de](mailto:kv@gruene-cw.de)  
[www.gruene-cw.de](http://www.gruene-cw.de)

## Steglitz-Zehlendorf

Berliner Str. 57, 14169 Berlin  
Tel.: 85074153 – Fax: 85074154  
[kreisverband@gruene-suedwest.de](mailto:kreisverband@gruene-suedwest.de)  
[www.gruene-suedwest.de](http://www.gruene-suedwest.de)

## Tempelhof-Schöneberg

Fritz-Reuter-Str. 1  
10827 Berlin  
Tel.: 53604146  
[kiezbuero@gruene-ts.de](mailto:kiezbuero@gruene-ts.de)  
[www.gruene-ts.de](http://www.gruene-ts.de)

## Neukölln

Berthelsdorfer Str. 9, 12043 Berlin  
Tel.: 67120812 – Fax: 67120811  
[info@gruene-neukoelln.de](mailto:info@gruene-neukoelln.de)  
[www.gruene-neukoelln.de](http://www.gruene-neukoelln.de)

## Lichtenberg

Rudolf-Reusch-Str. 16, 10367 Berlin  
Tel.: 32534239 – Fax: 40036820  
[buero@gruene-lichtenberg.de](mailto:buero@gruene-lichtenberg.de)  
[www.gruene-lichtenberg.de](http://www.gruene-lichtenberg.de)

## Marzahn-Hellersdorf

Alt-Biesdorf 62, 12683 Berlin  
Tel.: 5414019 – Fax: 70248895  
[info@gruenemarzahnellersdorf.de](mailto:info@gruenemarzahnellersdorf.de)  
[www.gruenemarzahnellersdorf.de](http://www.gruenemarzahnellersdorf.de)

## Friedrichshain-Kreuzberg

Dresdener Str. 10, 10999 Berlin  
Tel.: 6143146 – Fax: 6143142  
[info@gruene-xhain.de](mailto:info@gruene-xhain.de)  
[www.gruene-xhain.de](http://www.gruene-xhain.de)

## Treptow-Köpenick

Schnellerstr. 23, 12439 Berlin  
Tel.: 65494230  
[treptow-koepenick@gruene-berlin.de](mailto:treptow-koepenick@gruene-berlin.de)  
[www.gruene-treptow-koepenick.de](http://www.gruene-treptow-koepenick.de)

## Nicht schön, aber nützlich

# Grünes Glossar

### AG

Arbeitsgemeinschaft  
**BAG**  
Bundesarbeitsgemeinschaft  
**BDK**  
Bundesdelegiertenkonferenz (Bundesparteitag)  
**BFR**  
Bundesfinanzrat:  
Gremium der  
Landesschatzmeister  
**BGS**  
Bundesgeschäftsstelle (Sitz in Berlin)  
**BI**  
Bürger\*inneninitiative

### BTW

Bundestagswahl  
**BuVo**  
Bundesvorstand  
**FR**  
Finanzrat  
**GJ**  
Grüne Jugend  
**HBS**  
Heinrich-Böll-Stiftung  
**KGS**  
Kreisgeschäftsstelle  
**KV**  
Kreisverband  
**LAG**  
Landesarbeitsgemeinschaft  
auf Bundesebene

### LaVo

Landesvorstand  
**LDK**  
Landesdelegiertenkonferenz (Landesparteitag)  
**LFR**  
Landesfinanzrat:  
Gremium der  
Kreisschatzmeister  
**LGS**  
Landesgeschäftsstelle  
**LA**  
Landesausschuss  
**LR**  
Länderrat:  
kleiner Parteitag  
auf Bundesebene

### LV

Landesverband  
**MdA**  
Mitglied des Abgeordnetenhauses  
**MdB**  
Mitglied des Bundestages  
**MdEP**  
Mitglied des Europaparlaments  
**MdL**  
Mitglied des Landtags (Flächenland)  
**MV**  
Mitgliederversammlung  
**OV**  
Ortsverband

## IMPRESSUM

3/2014, 36. Jg. Nr. 191  
**Herausgeber**  
Bündnis 90/Die Grünen Berlin  
**Redaktionsanschrift**  
Tel: +49 30 61 5005-0 (LGS),  
Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin  
**Erscheinungsdatum** Oktober 2014  
**Auflage** 5 000  
**Redaktion**  
Matthias Tang (V.i.S.d.P.),  
Detlef Fritz (-tz, df), Christian Kölling  
**Layout & Titelbild**  
Kalle Erlacher  
**Druck**  
Oktoberdruck (100 % Recyclingpapier)  
**Redaktionsschluss** 20. Juni 2014  
**Leserbriefe** bitte per Email senden an:  
[stachlige-argumente@gruene-berlin.de](mailto:stachlige-argumente@gruene-berlin.de)  
Die einzelnen Beiträge der AutorInnen geben die Meinung der jeweiligen VerfasserInnen wieder und nicht notwendigerweise die der Redaktion.

# Inhaltliche Ansprechpartner

## Bildung

14tägig mittwochs um 19:30 im AH  
Stefanie Remlinger, Torsten Wischnewski  
[stefanie.remlinger@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:stefanie.remlinger@gruene-fraktion-berlin.de)  
[torsten.wischnewski@gruene-pankow.de](mailto:torsten.wischnewski@gruene-pankow.de)

## Bio- und Gentechnik

jeden 2. Montag im Monat um 19:30 im Grünen Igel-Büro, Dresdener Str. 10  
Eric Meyer  
[eric\\_meyer\\_m.sc@hotmail.de](mailto:eric_meyer_m.sc@hotmail.de)

## Bündnisgrüne ChristInnen

jeden 3. Donnerstag im Monat um 19:15, Kreisgeschäftsstelle Pankow, Pappelallee 82 oder im AH  
Alexander Barthel  
[lag.christinnen@gruene-berlin.de](mailto:lag.christinnen@gruene-berlin.de)

## Demokratische Rechte

14tägig montags um 19:30 im AH  
Axel Bussmer  
[demrecht@gruene-berlin.de](mailto:demrecht@gruene-berlin.de)

## Drogenpolitik

jeden 2. Dienstag im Monat um 20:00 im Grünen Igel-Büro, Dresdener Str. 10  
Tibor Harrach  
[lagdrogenBerlin@aol.de](mailto:lagdrogenBerlin@aol.de)

## Energie Brandenburg Berlin

jeden 4. Mittwoch im Monat um 18:30, Ort bitte erfragen  
Marion Hasper  
[marion.hasper@gruene-berlin.de](mailto:marion.hasper@gruene-berlin.de)

## Europa Berlin Brandenburg

14tägig mittwochs um 19:00 im AH  
Sibylle Steffan, Christian Beck  
[lag-europa@gruene-berlin.de](mailto:lag-europa@gruene-berlin.de)

## Frauen- & Geschlechterpolitik

jeden 3. Mittwoch im Monat, 19:00, LGS  
Friederike Schwebler, Stefanie Klank  
[lag.frauen@gruene-berlin.de](mailto:lag.frauen@gruene-berlin.de)

## Frieden & Internationales

monatlich montags, 19:00, LGS  
Nina Wienkoop, Martin Wilk  
[nina.wienkoop@gruene-berlin.de](mailto:nina.wienkoop@gruene-berlin.de)  
[martin.wilk@gruene-berlin.de](mailto:martin.wilk@gruene-berlin.de)

## Gesundheit & Soziales

Termine bitte erfragen, jeweils von 19:00 bis 21:00 im AH  
Wolfgang Schmidt  
[wolfgang.schmidt@gruene-berlin.de](mailto:wolfgang.schmidt@gruene-berlin.de)

## Kultur

jeden 3. Mittwoch im Monat und in unregelmäßigen Abständen „Kultur on Tour“, Ort und Zeit bitte erfragen.  
Antonia Simon, Friederike Landau  
[friederike\\_landau@web.de](mailto:friederike_landau@web.de)  
[antoniasimon@gmx.de](mailto:antoniasimon@gmx.de)

## Medien

einmal im Monat montags um 19:30 im AH, Termin bitte erfragen  
Uta Belkuis, Matthias Tang  
[uta.belkuis@gruene-berlin.de](mailto:uta.belkuis@gruene-berlin.de)  
[matthias.tang@gruene-berlin.de](mailto:matthias.tang@gruene-berlin.de)

## Migration

jeden letzten Mittwoch im Monat im AH  
Filiz Keküllüoglu, Timon Perabo, Melanie Zagrean, Rohat Geran  
[migration@gruene-berlin.de](mailto:migration@gruene-berlin.de)

## Mobilität

jeden 1. Mittwoch im Monat, Ort und Termin bitte erfragen  
Theresa Theune, Martin Kasztantowicz  
[lag-mobilitaet@gruene-berlin.de](mailto:lag-mobilitaet@gruene-berlin.de)

## Netzpolitik

1. oder 2. Donnerstag im Monat, Ort und Termin siehe Website  
Nina Keim, Tobias Schwarz  
[netzpolitik@gruene-berlin.de](mailto:netzpolitik@gruene-berlin.de)

## QueerGrün

jeden letzten Mittwoch im Monat um 19:00 im Kiezbüro Tempelhof-Schöneberg, Fritz-Reuter-Str. 1  
Maria Meisterernst, Ulli Reichardt  
[queer@gruene-berlin.de](mailto:queer@gruene-berlin.de)

## Umwelt

jeden 3. Montag im Monat, 19:00 im AH  
Marion Hasper, Sibylle Centgraf  
[marion.hasper@gruene-berlin.de](mailto:marion.hasper@gruene-berlin.de)  
[sibylle.centgraf@gruene-berlin.de](mailto:sibylle.centgraf@gruene-berlin.de)

## Wirtschaft & Finanzen

14tägig donnerstags, 19:00 in der Bundesgeschäftsstelle, Am Neuen Tor 1  
Wolfgang Remmers, Eleonore Bausch  
[lag-wirtschaft@gruene-berlin.de](mailto:lag-wirtschaft@gruene-berlin.de)

## Wissenschaft

jeden 1. Mittwoch im Monat, 18:30 im AH  
Eva Marie Plonske, Michael Greiner  
[eva.plonske@gruene-berlin.de](mailto:eva.plonske@gruene-berlin.de)  
[michael.greiner@gruene-berlin.de](mailto:michael.greiner@gruene-berlin.de)

## Gewerkschaftsgrün

jeden 2. Donnerstag im Monat, 19:00  
Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Str. 9  
Angelika Höhne  
[info@gewerkschaftsgruen-berlin.de](mailto:info@gewerkschaftsgruen-berlin.de)

## Grüne Jugend Berlin

jeden Montag ab 19:00 in der Dirschauer Str. 13 in Friedrichshain  
Charlotte Obermeier, Christoph Husemann  
[info@gruene-jugend-berlin.de](mailto:info@gruene-jugend-berlin.de)  
[www.gj-berlin.de](http://www.gj-berlin.de)

## AG Aktiv gegen Rechts

jeden 3. Mittwoch im Monat, 19:30, Ort bitte erfragen  
Carola Scheibe-Köster, Daniel Gollasch  
[carola.scheibe-koester@gruene-neukoelln.de](mailto:carola.scheibe-koester@gruene-neukoelln.de)  
[daniel.gollasch@gruene-berlin.de](mailto:daniel.gollasch@gruene-berlin.de)

## AK Grundsicherung/Grundeinkommen

jeden 3. Mittwoch im Monat um 19:00 im AH  
Joachim Behncke  
[ak-grundsicherung@gruene-berlin.de](mailto:ak-grundsicherung@gruene-berlin.de)

## AG Tierschutzpolitik

alle 2 Monate am letzten Mittwoch im Monat um 19:00 im AH  
Christina Soehner  
[christina.soehner@gmx.de](mailto:christina.soehner@gmx.de)

## AG Planen, Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung

i.d. Regel am letzten Freitag im Monat um 18:00 im AH  
Julia Gerometta, Martin Reents  
[lag-bauen@gruene-berlin.de](mailto:lag-bauen@gruene-berlin.de)

## AG Urheberrecht

monatlich, siehe Website  
Notker Schweikhardt (LAG Kultur)  
[notker.schweikhardt@gruene-berlin.de](mailto:notker.schweikhardt@gruene-berlin.de)  
Tobias Schwarz (LAG Netzpolitik)  
[tob.schwarz@gmail.com](mailto:tob.schwarz@gmail.com)

## AG Verbraucherschutz

Ort und Zeit bitte erfragen  
Turgut Altug  
[turgut.altug@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:turgut.altug@gruene-fraktion-berlin.de)

AH: Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchner Str. 5, 10111 Berlin

LGS: Landesgeschäftsstelle Kommandantenstraße 80, 10117 Berlin

# Termine

17.10. - 18:00 Uhr  
Landesgeschäftsstelle  
**Landesparteirat (LPR)**

20.10. - 19:00 Uhr  
Abgeordnetenhaus  
**Treffen der LAG Umwelt**

05.11. - 18:30 Uhr  
Abgeordnetenhaus  
**Sitzung der LAG Wissenschaft**

12.11. - 19:30 Uhr  
Bundesgeschäftsstelle  
**Sitzung Landes-ausschuss (LA)**

13.11. - 19:30 Uhr  
Landesgeschäftsstelle  
**Landesvorstands-Sitzung (LaVo)**

17.11. - 19:00 Uhr  
Abgeordnetenhaus  
**Treffen der LAG Umwelt**

24.11. - 19:00 Uhr  
Landesgeschäftsstelle  
**Landesparteirat (LPR)**

27.11. - 19:30 Uhr  
Landesgeschäftsstelle  
**Landesvorstands-sitzung (LaVo)**

03.12. - 18:30 Uhr  
Abgeordnetenhaus  
**Sitzung der LAG Wissenschaft**

10.12. - 19:30 Uhr  
Bundesgeschäftsstelle  
**Sitzung Landes-ausschuss (LA)**

11.12. - 19:30 Uhr  
Landesgeschäftsstelle  
**Landesvorstands-sitzung (LaVo)**

15.12. - 19:00 Uhr  
Abgeordnetenhaus  
**Treffen der LAG Umwelt**